

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zig.-Katalog Nr. 3572.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Am. Norden, 3346. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Auguststraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettiz die ober daran Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verzeitsammler sowie Verzeitsammlungen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinstimmung.

Inhalt.

Hauptteil: Wo bleibt das Arbeitskammergesetz? Rundschau Genossenschaftliche Monatschau. Gewerkschaftliche Rückblicke, III. Gewerkschaftliche Forderungen Eingegangene Gelder. — **Allgemeines:** Die Taktik der Unternehmer in der Ferienfrage. Zur Ferienfrage. Zum Artikel: Betriebskrankenkassen gegen den Willen der Arbeiter. Ortsberichte: Dresden. — **Der Lithograph:** Deutscher Lithographenbund in Liquidation. — **Der Steindrucker:** Eine Kündigungs- und Arbeiterentlassungskomödie. — **Die photomech. Fächer:** Der Zentralarbeitsnadhweis der Lichtdrucker, I. Aus den Sektionen: Hamburg. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Leipzig. — **Feuilleton:** Recht und Gesetz. Alte und neue Ethik. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Wo bleibt das Arbeitskammergesetz?

Unter den Vorlagen, die der vorige Reichstag unerledigt gelassen hat, befindet sich auch der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes. Der vorige Reichstag hat sich bereits sehr eingehend mit der Vorlage beschäftigt. Es stand nur die dritte Lesung im Plenum aus. Die hätte der Reichstag auch noch ganz gut erledigen können. Die Mehrheit nahm jedoch davon Abstand, weil sie sich nicht mit den Regierungen über einige Streitfragen verständigen konnte.

Nach den Beschlüssen des vorigen Reichstags sollten die Arbeitskammern für die Unternehmer und Arbeiter eines Gewerbebezweigs oder mehrerer verwandter Gewerbebezweige auf fachlicher Grundlage errichtet werden, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht. Sie sollten berufen sein, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollten die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und Arbeiter der in ihnen vertretenen Gewerbebezweige sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeiter unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen wahrnehmen.

Aus diesen allgemeinen Redewendungen über den Zweck der Arbeitskammern ist nicht zu ersehen, ob die Arbeitskammern für die ihrer Gewerkschaft angehörenden Arbeiter einen Wert haben würden. Den Zweifel können wir aber beseitigen, indem wir aus der nächsten Bestimmung des Entwurfs das anführen, was »insonderheit« zu den Aufgaben der Arbeitskammern gehören sollte:

1) ein gedeihliches Verhältnis zwischen den Unternehmern und Arbeitern zu fördern, 2) die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und Arbeiter durch tatsächliche Mitteilungen und Gutachten zu unterstützen. Auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezweige in ihrem Bezirke mitzuwirken sowie Gutachten zu erstatten insbesondere über a) den Erlaß von Vorschriften auf Grund der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung, b) die Verkehrssitte, die

in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht,

3) Wünsche und Anträge zu beraten, die ihre Angelegenheiten berühren,

4) Veranstaltungen und Maßnahmen, die die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der Einrichtungen hierfür an deren Verwaltung mitzuwirken,

5)
6) die Errichtung von Arbeitsnadhweisen zu fördern, die nichtgewerbsmäßig sind und unter gleichmäßiger Beteiligung von Unternehmern und Arbeitern verwaltet werden.

Die Arbeitskammern können endlich Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezweige in ihrem Bezirke selbständig veranstalten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeitskammern könnte die Erörterung der notwendigen Arbeiterschutzbestimmungen werden. Der gegenwärtige Zustand ist geradezu unhaltbar. Die Gewerkschaften weisen fortwährend in ihrer Presse, in ihren Jahresberichten und in besonderen Schriften die Mißstände in ihrem Gewerbe eingehend nach und regen die notwendigen Verbesserungen an. Leider finden sie nicht die Beachtung, die sie verdienen und die die Arbeiter verlangen müssen. Die Behörden lassen die Eingaben der Gewerkschaften nur zu oft in den Akten verstauben. Unsere Vertreter im Reichstage und in den Landtagen bemühen sich zwar, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Anregungen der Gewerkschaften zu lenken. Jedoch handelt es sich hier um sehr viele wichtige Einzelheiten, die in derartigen allgemeinen Erörterungen unmöglich erschöpfend behandelt werden können. Deshalb werden wir auf diesem Wege niemals dazu gelangen, daß die Verhältnisse in den einzelnen Gewerbebezweigen und Bezirken so eingehend beraten werden, wie es zu einer sachgemäßen Behandlung der Arbeiterschutzforderungen unerlässlich ist. Diese Aufgabe kann vielmehr nur von besonderen Körperschaften für die einzelnen Gewerbebezweige und Bezirke gelöst werden. Dazu sind die Arbeitskammern geeignet. Sie können darüber beraten, welche Maßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter in ihrem Gewerbebezweige und Bezirke notwendig sind. Dann kann die Gesetzgebung die Grundsätze für den gesetzlichen Arbeiterschutz festlegen, und die Arbeitskammern hätten zu bestimmen, wie diese Grundsätze in dem einzelnen Gewerbebezweige und Bezirk durchzuführen sind. Hier haben die Arbeitskammern ein weites Feld notwendiger und nutzbringender Tätigkeit. Aus diesem Grunde müssen die Arbeiter darauf dringen, daß der neue Reichstag bei seinem Wiedersammentritt die Regierungen veranlaßt, den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes von neuem einzubringen, und daß er dann das neue Gesetz in kurzer Zeit fertig macht, da dies

nach den eingehenden Beratungen im vorigen Reichstage ganz gut möglich ist.

Dabei ist es selbstverständlich, daß der neue Reichstag die Regierungen von der Notwendigkeit überzeugt, die beiden Streifraggen zwischen dem vorigen Reichstage und den Regierungen im arbeiterfreundlichen Sinne zu entscheiden. Allen Arbeitern müssen die Arbeitskammern zugute kommen, und die Arbeiter müssen berechtigt sein, als ihre Vertreter in die Arbeitskammern die Beamten ihrer Gewerkschaften zu entsenden. Die Gewerkschaften haben durch ihr Arbeiten gegen die Mißstände und für die notwendigen Verbesserungen wahrlich deutlich genug bewiesen, wie wichtig es ist, daß ihre Beamten als Vertreter der Arbeiter in den Arbeitskammern mitarbeiten können. Sie bringen eine sehr wertvolle Sachkenntnis und Erfahrung mit und können infolge ihrer Unabhängigkeit das gute Recht der Arbeiter ohne Furcht vor Maßregelungen vertreten.

Außerdem müßte der Entwurf erst in manchen andern Punkten verbessert werden. So kann es nicht dem Belieben der Regierungen überlassen bleiben, ob die Arbeitskammern errichtet werden oder nicht. Jedoch können wir zu unsern Vertretern im Reichstage das Vertrauen haben, daß sie alles tun werden, um die Arbeitskammern möglichst zweckmäßig auszubauen. gh.

Rundschau.

Der gelbe Unterstützungsverein »Graphia« in Nürnberg, der bekanntlich die Mitgliederbeiträge durch die Firmen inkassieren läßt und von den Besuchern seiner Versammlungen Erlaubnisscheine, die von den Unternehmern unterschrieben sein müssen, verlangt, hat sich bewegt gefühlt, die graphische Arbeiterschaft Nürnbergs durch ein Flugblatt zu beglücken. Die kombinierte Verwaltungs- und Vertrauensmännerversammlung unserer Nürnberger Kollegen hat sich am 17. Juli mit diesem Aufklärungsbefehle und sie erklärte zutreffend, daß es einer Beleidigung unserer Kollegen gleich käme, wenn wir der Gesellschaft von Unternehmern Gnade eine Antwort zu teil werden ließen. Wir glauben vielmehr unsere Kollegen dadurch zu ehren, wenn wir in ihren gesunden Menschenverstand das Vertrauen setzen, daß sie das Machwerk dieser Herren und ihrer Hintermänner selbst zu beurteilen vermögen. Die Kollegen der verschiedensten Firmen ließen uns mitteilen, daß wir in ihrem Auftrag den Männern mit dem großen Mut (?) mitteilen möchten, daß sie in Zukunft von solchen Belästigungen verschont bleiben möchten. Auch dieses haben wir abgelehnt, indem wir nach einem bekannten Sprichwort handelten. « Diesem Standpunkt haben sich inzwischen auch die anderen graphischen Organisationen in Nürnberg angeschlossen. Wir tun ein Gleiches.

Sonntagsruhe im Photographiegewerbe in Kopenhagen. Acht der größten photographischen Ateliers in Kopenhagen haben in den dortigen Tageszeitungen gemeinschaftlich bekannt gegeben, daß sie an den Sonntagen vom 15. Juni bis 15. August ihre Geschäfts- und Aufnahmeräume vollständig geschlossen halten. — In Deutschland ist etwas derartiges aus purem Konkurrenzneid kaum möglich. **Aus den Handelskammerberichten 1911.** Lahr i. B. Mit Beginn des Berichtsjahres schien ein lebhafterer Zug ins Geschäft zu kommen, der bis über die Mitte des Jahres anhielt, dann aber durch die einsetzende Arbeiterbewegung (in Lahr wurden die Arbeiter ausgesperrt, so daß es sich nicht um eine Arbeiter-, sondern um eine Unter-

nehmerbewegung handelt! D. Red.) aufgehalten wurde. Die Preise der Roh- und Hilfsstoffe bewegten sich überall in teils langsam, teils rasch steigender Richtung, wobei zum Teil auch die durch den anhaltend niedrigen Wasserstand verursachte Störung der Rheinschifffahrt mitwirkte. Die alte Klage, daß die Verkaufspreise der Erzeugnisse der Steigerung der Arbeitslöhne und den Produktionskosten im allgemeinen nicht folgen konnten, war und ist leider nur allzu berechtigt. Der Export nach den Hauptabsatzgebieten, den Vereinigten Staaten von Amerika und England, konnte, durch eigene Filialen vermittelt, auf gleicher Höhe gehalten werden, wenn auch die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten durch erhöhte Zölle und peinliche Zollbehandlung bzw. Zollabfertigung natürlich viel schwerer und auch weniger lohnend geworden ist. Nach der Schweiz, Frankreich, Skandinavien und Rußland ist der Absatz vielfach unmöglich geworden.

Die Sonderausstellung für Schrift anläßlich des vom 4. bis 25. August in Dresden stattfindenden IV. internationalen Kongresses für Kunst- und Schriftunterricht und angewandte Kunst ist die erste Ausstellung dieser Art und wird in verschiedenen Arbeiten den Einfluß der neuen Schriftbewegung zeigen, die von Künstlern, Gelehrten und Schriftfreunden ausgegangen ist. Einem internationalen Publikum wird somit die erste Gelegenheit gegeben, zu studieren, wie befruchtend die besonders von Rudolf v. Larisch in Wien und Johnston in London vertretenen Ideen auf das ganze Schriftwesen gewirkt haben. Anmeldungen für die Schriftausstellung liegen aus allen Teilen Deutschlands, wie auch aus dem Auslande vor. Die Künstler aus England und Österreich-Ungarn haben ihre Beteiligung in einem überraschend großen Umfange vorgemerkt.

Spitzelfonds. Ein vom Auswärtigen Amt in London eben veröffentlichtes »Weißbuch« gibt einige interessante Angaben über die jährlichen Ausgaben, die die Großstaaten von Europa für geheime Dienste und Detektivarbeiten im In- und Auslande in ihren Budgets aussetzen. Österreich-Ungarn hat in den letzten drei Jahren je 1250000 Mk. verausgabt, Frankreich 800000 Mk., Deutschland 1164500 Mk., England 1000000 Mk., Italien 2416000 Mk. Zusätzlich der 1164500 Mk., die in Deutschland jährlich für diese Zwecke reserviert sind, wurden in den letzten drei Jahren noch je 443240 Mk. in Preußen, Sachsen und Württemberg für Geheimzwecke verwendet. Italien hat außer der angegebenen Riesen-summe noch 696000 Mk. für Polizeibelohnungen und 920000 Mk. für Zwecke, die nicht näher angegeben sind verausgabt. Rußland zahlte im Jahre 1900 7600000 Mk. »auf direkten Auftrag des Zaren«; außerdem aber noch die Kleinigkeit von 6700000 Mk. für nicht näher bezeichnete Polizeizwecke. Die in allen Kulturstäuten in ein festes System gebrachte Geheimnüsspähel sichert so mandem Judas ein recht behagliches Leben. Das originellste ist dabei die doppelte Moral: was im eigenen Lande als Landesverrat gilt, ist andern Staaten gegenüber eine verdienstvolle Tat.

Die Streikversicherung der Unternehmer. Der Deutsche Industrieschutzverband in Dresden, eine Streikversicherung, die vom Verbandsächsischer Industrieller 1906 gegründet wurde, versendet soeben ein Reklamezirkular, in dem er sich bemüht, die Konkurrenten: die Streikversicherung des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände und die Streikversicherung des Arbeitgeberverbandes Unterelbe, nach Kräften schlecht zu machen. Uns berührt dieser Konkurrenzkampf natürlich nicht weiter; man erfährt nur aus dem Zirkulare, wie es eigentlich mit der Streikentschädigung der Unternehmer bestellt ist. Der Industrieschutzverband erzählt in dem erwähnten Zirkulare: »Der Deutsche Industrieschutzverband entschädigte die angemeldeten 393 038 ausgefallenen Manntage mit 261 312 Mk. demnach den durch Streik oder Aussperrung ausgefallenen Manntag mit durchschnittlich 66,5 Pf. Die Entschädigungsgesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände brachte für 1596 924 entschädigungsberechtigte Manntage die Summe von 252 879 Mk. zur Auszahlung, so daß auf den Manntag im Durchschnitt nur 15,8 Pf. Entschädigung entfielen. Die Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe hatte für 411 596 ausgefallene Manntage eine Entschädigungssumme von 98 390 Mk. zur Verfügung, konnte demnach den Manntag mit nur 23,3 Pf. durchschnittlich entschädigen.« Die Streikentschädigungsvereine der Unternehmer umfassen einen guten Teil der Industrie; dem sächsischen Vereine gehören 3360 Betriebe mit 266000 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 260 Millionen Mark, der Unterstützungskasse des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände 13 Gesellschaften mit 303000 Arbeitern und 370 Mill. Mark Jahreslohn an. Wenn die Streikversicherungen trotzdem nicht mehr als etwa eine halbe Million Mark Entschädigung zahlen konnten, dürften sie nicht allzu gefährlich werden.

Arbeitergesang und Arbeiterturnen. So mande unserer gewerkschaftlich und politisch organisierten Kollegen scheinen noch nicht zu wissen, daß der freie Gesang und das freie Turnen in den Arbeitergesang- und Arbeiterturnvereinen gepflegt wird, und zwar in Groß- und Kleinstädten, ja sogar in Dörfern. Prozentual, der Stärke unserer Gewerkschaft angemessen, sind z. B. von unsern

graphischen Gewerben recht herzlich wenig Kollegen in den Arbeitergesang- und Arbeiterturnvereinen zu finden. Wir haben ganz gewiß recht viele stimmbegabte Kollegen, ebenso muskulöse Gestalten in unseren Reihen, die den Arbeitervereinen zur Zierde gereichen würden. Warum sie — leider! — nicht in diesen Vereinen und dafür in bürgerlichen Gesang- und Turnvereinen sind, ist uns nicht erklärlich. Bei manden Kollegen mag es die Macht der Gewohnheit sein, daß sie sich nicht von den bürgerlichen Gesang- und Turnvereinen losrennen können. Sie gelten, ob ihrer Tüchtigkeit, in diesen Vereinen etwas und werden geachtet und geehrt, damit sie bleiben. Diese Achtung und Ehre könnten sie aber auch in den Arbeitervereinen genießen, und was klein- oder großbürgerliche Kreise über einen tüchtigen Arbeiter denken, sollte dem Arbeiter »Wurscht« sein. Der Geist der neuen Zeit ist in den Liedern der Arbeitergesangvereine zu finden, ebenso wie in dem Turnen der Arbeiterturnvereine alles, was an »Staffage- und »Dekoration« zu dem bürgerlichen Hurratriotismus (Prozent- u. Prozentpatriotismus) dient, vollständig ausgeschaltet ist. Und dann: wie gut ist es für solche Arbeitervereine, wenn Leute aus dem graphischen Gewerbe dabei sind. Das zeigt sich so richtig bei einem, in einer mitteleuropäischen Kleinstadt kürzlich stattgehabten Bezirkssängerfest des deutschen Arbeitersängerbundes. Ein Lithograph fertigte die Zeichnungen und den Umschlag der Festschrift an, ein anderer Lithograph schrieb den Text dazu, und andere Kollegen ätzten die Clishees. Es konnte was geschaffen werden, trotzdem nur einige Kollegen Mitglieder oder Freunde der Sache sind.

Durchsichtige Lohntüten. Um Zwiseigkeiten, die über den Inhalt der Lohntüten entstehen, vorzubeugen, sind neuerdings viele Firmen dazu übergegangen, geschlossene Lohntüten aus durchsichtigem Papier (ähnlich den sogenannten Fensterkuverts) zu verwenden. Hierbei ist es möglich, die Lohnsumme nachzuzählen, ohne die Tüte zu öffnen. Beanstandungen des Inhaltes werden nur dann berücksichtigt, wenn die Tüte verschlossen und unverletzt zurückgegeben wird. Die Einrichtung hat sich bewährt.

Gewerkschaftsbeiträge sind steuerabzugsfähig. Die für die Arbeiterorganisationen materiell bedeutungsvolle Frage, ob die von den Mitgliedern gezahlten Gewerkschaftsbeiträge bei der Steuererklärung vom Jahreseinkommen in Abzug gebracht werden können, hat das Düsseldorf Oberlandesgericht in bejahendem Sinne entschieden. Vorseiten der Steuer-Veranlagungskommissionen wurde der Einwand erhoben, daß dem einzelnen auf den Bezug der festgesetzten Unterstützungen in der Organisation keine klagbare Recht zustände. Demgegenüber wurde in einem Prozesse vor dem hiesigen Landgerichte betont, daß dieser Einwand eine vollständige Verkennung des Wesens der Gewerkschaften sei, die ihre Einrichtungen ohne staatliche Zwangsmittel jedem Mitgliede garantieren. In dem Erkenntnisse des Landgerichtes war jedoch der steuerliche Abzug als unstatthaft bezeichnet worden. Das Oberlandesgericht hat, als Revisionsinstanz, jedoch jetzt wie folgt entschieden: »Wenn der Vorderrichter bemängelte, daß Beklagter jährlich 52 Mk. zur Gewerkschaftskasse zahle, was zur Bestreitung des Unterhaltes nicht erforderlich sei, so wird dabei der Begriff des Unterhaltes verkannt. Dieser umfaßt den ganzen Lebensbedarf (§ 1610 des Bürgerlichen Gesetzbuches) einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Beklagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität dadurch erlangt, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht un-mittelbar erhöhen.«

Die Gewerkschaftspresse und der § 193 des Strafgesetzbuchs. Wegen Beleidigung eines Töpfermeisters wurde vor einiger Zeit der Redakteur der Fachzeitschrift »Der Töpfer« zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, obwohl er den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung völlig erbringen konnte, was auch vom Gericht anerkannt wurde. Es billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu, verurteilte ihn aber dennoch wegen formaler Beleidigung. Diese formale Beleidigung wurde darin erblickt, daß der Redakteur der in Frage kommenden Betrachtung über das Gebaren des Meisters den letzteren lediglich einen »merkwürdigen Förderer des Gewerbes« nannte. Ein solches Urteil ist einfach unverständlich. Denn auf diese Weise wird es Redakteuren einfach unmöglich gemacht, irgendwie vorhandene Mißstände straflos zu kritisieren. Die Kritik wirkt, obwohl wirklich scharfe Worte vermieden werden, auf den Kritisierten stets beleidigend, und die Bestrafung wegen »formaler Beleidigung« ist fertig! Was nützt da der lückenlose Wahrheitsbeweis und die Zubilligung des § 193? Sie stellen nur einen moralischen Erfolg dar, verhindern aber nicht die Verurteilung des Kritikers und die Publikationsbefugnis des seiner Schuld wohl überführten, aber immerhin »formal« beleidigten Klägers.

Boycott über die Zwieback-, Waffel- und Keksfabrik Harry Trüller in Celle. Ein ein-

geleiteter Gegner des Koalitionsrechts der Arbeiter ist Herr Harry Trüller, Zwieback-, Waffel- und Keksfabrikant in Celle. Mit peinlicher Aufmerksamkeit werden die Beschäftigten überwacht, daß sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören. Wehe demjenigen, der sich trotzdem erlaubt, von dem ihm zustehenden gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen! Ohne Gnade haben solche die Entlassung zu gewärtigen, obwohl der Firmeninhaber als Vorsitzender einer Fabrikantenvereinigung das Koalitionsrecht für sich selbst voll in Anspruch nimmt. Nachdem nun alle Versuche gescheitert waren, um die Anerkennung des Koalitionsrechts für die Beschäftigten zu erwirken, befaßte sich die organisierte Arbeiterschaft in Celle mit diesen Vorgängen in einer öffentlichen Versammlung. Dort wurde einstimmig beschlossen, bei den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen die Verhängung des Boykotts über die Produkte der Firma Trüller zu beantragen. Diesem Ersuchen wurde auch stattgegeben. Es bedarf wohl bloß dieser Mitteilung, um alle unsere Kollegen zu veranlassen, den Bezug von Zwieback, Waffeln und Keksen aus der Firma Harry Trüller in Celle solange zu meiden, bis sich aus dieser Unternehmung bequemt, den Beschäftigten das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht nicht anzutasten.

Generalversammlungen und Kongresse.

Internationaler Bergarbeiterkongreß. Der 23. Internationale Bergarbeiterkongreß tagte unter zahlreicher Beteiligung fast aller Länder vom 8. bis 12. Juli in Amsterdam. Die in fast allen Ländern stattgehabten Bewegungen gaben dem Kongreß Gelegenheit, die Ansichten über das Erreichte auszutauschen. Außer Deutschland konnten alle Länder, in denen Bewegungen stattfanden, von Erfolgen berichten. In Deutschland vereitelten die christlichen Streikbrecher nennenswerte Erfolge. Zum Mindestlohn und der Maximalarbeitszeit wurden entsprechende Resolutionen angenommen. Unter anderem forderten die Engländer die fünfjährige Arbeitswoche, was auch allgemein akzeptiert wurde. Die internationalen Bergarbeiter-Kongresse sollen künftig nur alle zwei Jahre stattfinden. Der nächste im Jahre 1914 wird in Österreich tagen.

Gast- und Schankwirte. Der Verband der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands hielt in der Zeit vom 9. bis 12. Juli seine 7. Generalversammlung ab. Aus den Beratungen ist für unsere Leser nur einiges von besonderem Interesse. Die Gründung von Einkaufsvereinen, die, soweit es möglich ist, mit der Großeinkaufsgesellschaft in Verbindung treten sollen, ist zu propagieren; auch wurde empfohlen, die Konsumgenossenschaften überhaupt zu unterstützen. Ferner nahm der Verbandstag gegen die Abhängigmachung der Konzessionserteilung von der Bedürfnisfrage Stellung. Den Aufsichtsorganen dürfte diese nicht überlassen werden. Die bisher leitenden Beamten wurden wiedergewählt.

Tapetzierer. Der Verband der Tapetzierer und verwandter Berufsgenossen hielt seinen 5. Verbandstag vom 21. bis 24. Juli in Köln a. Rh. ab. Seine Mitgliederzahl hat sich in der Berichtsperiode von 7844 auf 9711, also um 1867 erhöht. In den drei Berichtsjahren führte der Verband 183 Lohnbewegungen, die 3865 Betriebe und 12789 Arbeiter umfaßten. Erreicht wurde für 6510 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung um 11344 Stunden und für 11335 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 22000 Mk. wöchentlich. Das Verbandsvermögen stieg von 121837 Mk. am Anfang auf 231922 Mk. am Ende der Berichtsperiode; es hat sich also fast verdoppelt. — Bei der Verhandlung über Lohnkämpfe und Tarifverträge wurde beschlossen, eine Mindestgrenze der Akkordpreise durchzuführen, wobei mindestens der übliche Lohn garantiert werden muß. Bei der Beratung über die Arbeitsvermittlung im Gewerbe wurde die Erstrebung obligatorischer paritätischer Nachweise beschlossen. Ferner befaßte sich der Verbandstag mit den Ursachen und der Verhütung der Berufskrankheiten, zu deren Bekämpfung er eine Reihe Leitsätze aufstellte. Der Antrag, mit dem Holzarbeiterverbände wegen der Anbahnung der Verschmelzung in Verbindung zu treten, wurde abgelehnt. Die Beiträge der Angestellten zur Privatbeamtenversicherung sollen von der Verbandskasse übernommen werden. Nach verschiedenen Statutenänderungen, wobei Beitragsverhöhung abgelehnt wurde, und nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde der Verbandstag geschlossen.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 29. Juli 1912.

Aus der internationalen Genossenschaftsbewegung: Deutschland; Österreich; Frankreich; Schweiz; Großbritannien.

Die »Statistische Korrespondenz«, herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamt, unterrichtet in einer Sondernummer über den Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung im Jahre 1912. Allerdings erfahren wir nur die Zahlen über die eingetragenen Genossenschaften, nicht auch die Mitgliederzahlen. Es bestanden im Jahre 1910 in Deutschland 29437 Genossenschaften; ihre Zahl stieg 1911 auf 30489 und 1912 auf 31771. Interessant ist zu erfahren, wie sich die Zahlen auf die einzelnen Genossenschaftsarten verteilen, wobei die Jahre 1911 und 1912 berücksichtigt werden sollen. Während

die Zahl der Kreditgenossenschaften im Jahre 1911 17462 betrug, waren 1912 18052 vorhanden. Unter diesen waren 1912 15919 Darlehenskassenvereine. Die Zahl der gewerblichen Rohstoffgenossenschaften stieg von 360 auf 393, die der landwirtschaftlichen Rohstoffgenossenschaften von 2063 auf 2117. Waren-einkaufvereine waren 1911 219, im Jahre 1912 236 vorhanden. Auch die Werkgenossenschaften gliedern sich in gewerbliche und landwirtschaftliche. Von der ersteren Art weist die Statistik 307, von der letzteren 1115 im Jahre 1911, dagegen 316 resp. 1325 im Jahre 1912 auf. Ferner gab es 1911 109 gewerbliche Magazingenossenschaften, deren Zahl im Jahre 1912 die gleiche blieb. Die Zahl der landwirtschaftlichen Magazingenossenschaften stieg von 437 im Jahre 1911 auf 476 im Jahre 1912. Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen gab es 1911 16, im Jahre 1912 17. Die Zahl der Rohstoff- und Magazingenossenschaften im Gewerbe verminderte sich von 152 auf 150, in der Landwirtschaft wurden in beiden Jahren 20 gezählt. Zuchtvieh- und Weidegenossenschaften gab es 305 im Jahre 1911, im Jahre 1912 dagegen 356. *Konsumvereine wurden im Jahre 1911 im ganzen 2285, im Jahre 1912 dagegen 2321 gezählt.* Eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften waren 1911 1063, im Jahre 1912 dagegen 1176 vorhanden. Wohnungs- und Baugenossenschaften (Vereinshäuser) gab es 117 im Jahre 1911, ihre Zahl ging 1912 auf 115 zurück. Konsumvereine wurden im Jahre 1911 100 neu gegründet, aufgelöst wurden 65. Zu bemerken ist noch, daß sämtliche Zahlen sich auf eingetragene Genossenschaften beziehen. Außer ihnen gibt es noch Genossenschaften, die in derselben Weise arbeiten, aber eine andere Rechtsform besitzen.

Wie in Deutschland, so haben auch in Österreich die Konsumvereine so manche Zurücksetzung durch Regierung und Parlamente erfahren; jetzt kann jedoch aus Österreich von einer Förderung des Genossenschaftswesens berichtet werden, die auch den Konsumvereinen zugute kommen wird. Der Teurungsausschuß nahm Anträge an, in denen die Regierung aufgefordert wird, die Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu fördern und ihre Tätigkeit in solche Bahnen zu lenken, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Genossenschaften unmittelbar an die Konsumenten verkauft werden; ferner, daß sie den Konsumentenorganisationen, die die Lebensmittel zu billigen Preisen vom Produzenten an den Konsumenten vermitteln, die größte Förderung angeheihen lassen. Ein ebenfalls angenommener Zusatzantrag nennt die Mittel zur Förderung der Konsumentenorganisation: Eine Reform des Genossenschaftsgesetzes, weitgehende Steuerermäßigung, Subventionierung der Revisionsverbände für die gesetzlich vorgeschriebene Revision und die Bestellung von Genossenschaftsinstruktoren, Subventionierung der Einrichtungen, die zum Zwecke der Ausschließung des Zwischenhandels von Konsument und Produzentenorganisationen einvernehmlich errichtet werden und den Betrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse bezwecken (genossenschaftliche Mühlen, Bäckereien, Schlächtereien usw.), Errichtung einer Genossenschaftszentralkasse zur Beschaffung billigen Kredits mit getrennten Abteilungen für landwirtschaftliche, gewerbliche und Konsumentengenossenschaften. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, der durch Förderung und Unterstützung des genossenschaftlichen Wareneinkaufs die Hebung des mittleren und kleinen Handelsstandes bezweckt. Mit dieser einsichtsvollen Förderung der Genossenschaftsbewegung in Österreich vergleiche man die kleinflecken Schikanen, mit denen man in Deutschland die Entwicklung der Genossenschaften, speziell der Konsumvereine, durch Ausnahmebesteuerung usw. zu hemmen versucht.

In Frankreich bestehen seit einer Reihe von Jahren zwei Richtungen innerhalb der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Zerspaltung trug zur Förderung konsumgenossenschaftlicher Bestrebungen nicht nur nichts bei, sondern muß wohl mit verantwortlich dafür gemacht werden, daß sich die Konsumgenossenschaftsbewegung in Frankreich recht bescheiden entwickelte. Auch hier handelte es sich bei der einen Richtung um die Betonung politischer Neutralität, während die andere die Verquickung rein wirtschaftlicher Bestrebungen mit solchen politischer Art das Wort redete. Nunmehr sind beide Zweige der französischen Konsumgenossenschaftsbewegung zu der Überzeugung gelangt, daß das Zusammengehen allein wirtschaftliche Erfolge verspricht. Die Einigung des sozialistischen mit dem neutralen Verbande soll mit Beginn des nächsten Jahres erfolgen. Die Einkaufszentrale der »Union cooperative« in Bordeaux geht in das Magazin de Gros über. Das Lager in Bordeaux wird eine Filiale des Magazin de Gros. Ende des Jahres treten beide Verbände je zu einem außerordentlichen Kongreß zusammen, denen der Einigungskongreß jedenfalls unmittelbar folgen wird. Die beiden Verbandsssekretäre werden sich ihren Aufgaben dann gemeinsam widmen. So wird sich auch in Frankreich die Anschauung durchsetzen, daß der Konsumgenossenschaftsbewegung wirtschaftliche Aufgaben gestellt sind, die keine Verquickung mit parteipolitischen Tendenzen vertragen. Alle Kräfte auf die einzige Aufgabe der Erringung wirtschaftlicher Vorteile gerichtet, kann die Bewegung am leichtesten diese Aufgabe erfüllen.

Kürzlich erschien der Bericht über die Entwicklung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine im Jahre 1911. Die Schweiz ist alter genossenschaftlicher Boden: prozentual, im Vergleich zur Bevölkerung ist die Zahl der genossenschaftlich organisierten in diesem kleinen Lande am größten. Infolgedessen hat die Entwicklung jetzt in langsame Bahnen eingelenkt. Wie der Bericht mitteilt, gab es im letzten Jahre nur noch 7 Orte über 3000 Einwohner, in denen kein Verbandsverein oder die Niederlassung eines solchen existierte, von denen bereits zwei im laufenden Jahre als Filialen von Verbandsvereinen gewonnen wurden. Dem Verbandsrat traten im Berichtsjahre 23 größtenteils erst in demselben Jahre gegründete Vereine bei, wogegen zwei Austritte stattfanden. Die Zahl der Verbandsvereine erhöhte sich demnach um 21 auf 350. Die mit dem Verband verbundene, als Großeinkaufsgesellschaft fungierende Zentralstelle hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 32095978 Fr., gegen 1910 ein Mehr von 4330176 Fr. oder 15,6 Proz. Außer Lebensmitteln werden hier Manufakturwaren, Schuhwaren usw. vermittelt. Aus diesem Umsatze erwuchs dem Verband ein Überschuß von 371402 Fr. Seit Mitte des vorigen Jahres besteht auch eine Bankabteilung, die gut funktioniert und dem Verband einen Gewinn von 11765 Fr. abwarf; ferner eine Bauabteilung, eine Druckerei, ein chemisches Laboratorium zur Untersuchung beanstandeter Waren usw. Die Liegenschaften hatten am Schlusse des Jahres 1911 einen Wert von 1518266 Fr. Der Verband gibt gegenwärtig 4 Blätter heraus: den »Schweiz. Konsumverein«, das genossenschaftliche Fachblatt, in einer Auflage von 4250 Exemplaren, das »Genossenschaftliche Volksblatt« in einer Auflage von 149000 Exemplaren, »La Coopération« für die französisch und »La Cooperazione« für die italienisch sprechenden Teile der Schweiz, beide in Auflagen von 25 200 bzw. 2800 Exemplaren. Mit Ausnahme des »Genossenschaftl. Volksblattes« und »La Coopération« werden diese Organe in der eigenen Verbandsdruckerei hergestellt, die außerdem auch alle sonstigen Druckereiarbeiten für den Verband übernimmt. Endlich sei noch erwähnt, daß der Verband am Ende des Berichtsjahres ein Personal von 295 Köpfen in seinen verschiedenen Abteilungen beschäftigte. Davon entfallen 188 auf die Zentralverwaltung in Basel, 14 auf die Druckerei und 93 auf die drei Lagerhäuser in Pratteln und Wülflingen.

Der Bericht über die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien zeigt eine Reihe äußerst interessanter Ergebnisse. Während die Zahl der Genossenschaften im Jahre 1910 1557 betrug, von denen 1555 zur Statistik berichtet, ist die Zahl der Genossenschaften im Jahre 1911 auf 1531 zurückgegangen. Berichtet haben 1526 Vereine. Dieser Abnahme in der Zahl der Genossenschaften steht eine Steigerung der Mitgliederzahl von 2661799 auf 2760531 gegenüber. Während der Umsatz im Jahre 1910 2,27 Milliarden Mark betrug, stieg er im Jahre 1911 auf 2,36 Milliarden Mark. Dem Überschuß von 245 Millionen Mark im Jahre 1910 standen 1911 264 Millionen Mark gegenüber. Getrennt betrachtet, gestaltet sich das Ergebnis für die Hauptgruppen innerhalb des britischen Genossenschaftsbundes folgendermaßen: Die beiden Großeinkaufsgesellschaften hatten einen Umsatz von 729 Millionen Mark mit einem Überschuß von 20,4 Millionen Mark. 1467 Konsumvereine hatten 2640000 Mitglieder mit einem Umsatz von 1,52 Milliarden und einem Überschuß von 238,5 Millionen Mark. Arbeitsgenossenschaften waren 112 mit 32110 Mitgliedern vorhanden, die einen Umsatz von 67 Millionen und ca. 4,5 Millionen Mark Überschuß erzielten. Die Konsumvereine erhöhten ihre Geschäftsguthaben um 33,5 Millionen Mark auf 678,5 Millionen. Das aufgenommene Kapital stieg auf über 100 Millionen Mark. Die Reservefonds wuchsen auf 48 Millionen Mark an. In Land, Gebäuden und Maschinen sind bei den englischen Konsumvereinen ca. 266 Millionen Mark investiert. Die Zahl der Angestellten in den Konsumvereinen belief sich auf 90247. Davon entfielen 67115 auf die Verteilungsarbeit und 25232 auf die Produktion. Als Gesamtlohnsumme wurden 106,5 Millionen Mk. gezahlt. Aus dem Überschuß der Konsumvereine von 238 Millionen Mark wurden 2 Millionen Mark für Erziehungszwecke und 1 Million Mark für gemeinnützige Zwecke verwendet. 79 Genossenschaften betrieben im Jahre 1911 Landwirtschaft. Der Gesamtumsatz der englischen Großeinkaufsgesellschaft belief sich auf 569 Millionen Mark. Die Gesellschaft arbeitete mit 73 Millionen Mark Leihkapital und 37 Millionen Mark eingezahlter Geschäftsguthaben. Der Überschuß der englischen Großeinkaufsgesellschaft betrug ca. 13,6 Millionen Mark. Die schottische Großeinkaufsgesellschaft brachte es auf einen Umsatz von 160 Millionen Mark. Die Bedeutung der beiden Großeinkaufsgesellschaften zeigen auch sehr gut die Zahlen der beschäftigten Personen und der gezahlten Löhne. Die englische Großeinkaufsgesellschaft beschäftigte 2693 Personen, die schottische Großeinkaufsgesellschaft 2207 Personen. Diese Ziffern beziehen sich auf die in der Warenverteilung beschäftigten Personen. In den Produktivbetrieben der englischen Großeinkaufsgesellschaft arbeiteten 16038 Personen, deren Löhne 18,6 Millionen Mark betragen. Für die schottische Großeinkaufsgesellschaft lauten die entsprechenden Zahlen: 5614 Personen und 5 1/4 Mill.

Mark. Der von den Arbeitsgenossenschaften im Jahre 1911 erzielte Umsatz belief sich auf über 67 Millionen Mark, der Überschuß auf ungefähr 4 1/2 Millionen Mark; beschäftigt wurden 9038 Personen. *Nach der »Konsumgen. Korr.«*

Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1911.

III. Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1911.

Gleichen Schritt mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrem wachsenden Einflusse auf die sozialen Verhältnisse hatten die Rechtsschutzeinrichtungen der organisierten Arbeiterschaft. Auch die vorliegende Statistik für 1911 kann von abermaliger Fortentwicklung berichten. Wohl stieg die Zahl aller Rechtsschutzeinrichtungen im Jahre 1911 nur gering, erheblich ist aber die abermalige Steigerung der Personen, welche sich an die Rechtsschutzeinrichtungen der organisierten Arbeiterschaft wandten und die Zahl der von den Sekretariaten geleisteten Auskünfte und Rechtshilfen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Teil der Sekretariate mit Rücksicht auf eine geordnete Erledigung der übernommenen Rechtsschutzangelegenheiten nicht allen Personen ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation Auskunft erteilen oder Rechtshilfe gewähren kann, zum Teil auch aus organisatorischen Gründen nicht gewähren will, unter fernerer Berücksichtigung der erfreulichen Tatsache, daß von selten unserer Gegner das Möglichste getan wird, um die Bevölkerung von der Benutzung unserer Rechtsschutzeinrichtungen abzuhalten, ist die weitere Zunahme dieser Zahlen eine Erscheinung, die uns befriedigen kann und die alle Anfeindungen, welche unsere Einrichtungen so im Laufe des Jahres erfahren, ausgleicht.

Im Vorjahre berichteten 112 Sekretariate, die alle auch durch das Jahr 1911 bestanden. Eine Tatsache, die sonst nicht zu konstatieren war und welche darauf schließen läßt, daß mit den Organisationen der Arbeiterschaft auch diese Einrichtungen eine stärkere Stabilität erlangt haben. Neu errichtet wurden 1911 6 Sekretariate; ein siebentes, bisher unter Auskunftsstellen gezählt, berichtete in diesem Jahre gleichfalls unter Sekretariate, so daß die Statistik mit 119 Sekretariaten abschließt. Zu konstatieren ist, daß mit der Errichtung eines Sekretariats in Danzig nunmehr in allen Provinzen und Landesteilen Deutschlands Sekretariate der organisierten Arbeiterschaft bestehen. Von den bestehenden 119 Sekretariaten sind 13 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes, wovon 11 auch anderen Personen, nicht nur Bergarbeitern, Auskunft erteilen.

Von der sich immer fester gestaltenden Form unserer Organisationen berichtet neben anderen die ständig zunehmende Zahl der Sekretariate, welche den Kartellen unterstehen und von diesen verwaltet werden. Die Zahl ist 1911 auf 62, also 52 Proz. aller Sekretariate, angewachsen; sie betrug 1909: 46 und 1910: 50 Proz.

Die Auskunftserteilung oder Rechtshilfegewährung geschieht in der größeren Anzahl aller Sekretariate an alle Ratsuchenden, die sich an das Sekretariat wenden. Der andere Teil der Sekretariate beschränkt den Kreis der Personen, welchen Auskunft erteilt oder welchen neben der Auskunft weitere Rechtshilfe gewährt wird.

Persönliche Vertretungen haben im Berichtsjahre 99 Sekretariate übernommen. 13 weitere Sekretariate übernahmen persönliche Vertretungen, eine mit einem außerordentlichen Zeitaufwand verbundene Tätigkeit, nur in besonderen Ausnahmefällen, meist nur vor den Gewerbegerichten.

Die Übermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht übernehmen im erforderlichen Falle 113 Sekretariate. Statistik besorgten 75 Sekretariate, in weiteren drei wurden statistische Arbeiten nur in Ausnahmefällen ausgeführt. Neben der Funktion als Rechtsauskunft und Rechtsschutzstelle betreiben 87 Sekretariate gewerkschaftliche Agitation und verrichten andere gewerkschaftliche Arbeiten. An mehreren Orten, wo letztere Tätigkeit nicht zu den Obliegenheiten des Sekretariats gehört, besteht neben dem Arbeitersekretariat ein besonderes Gewerkschaftssekretariat.

627028 Auskunfts- und Rechtsschutzsuchende wandten sich im Berichtsjahre an die Sekretariate, diese Zahl stieg gegen das Vorjahr um 47944, das sind 8,27 Proz. Von den Auskunftsfindenden waren 590758 Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen, also 94,22 Prozent der Gesamtauskunftsfindenden. Von Angehörigen anderer sozialer Stände, wie selbständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Personen anderer Stände wandten sich 30850 an die Sekretariate, um Auskunft oder Rechtshilfe zu erlangen.

Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg im Berichtsjahre auf 658958. Das Mehr gegen das Vorjahr beträgt 48061, die Zunahme also 7,86 Proz. Von den Auskünften wurden 625264 mündlich, 33694 schriftlich erledigt. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze, welche im Vorjahre einen kleinen Rückgang aufwies, stieg gegen das Vorjahr 1910 erheblich, und zwar von 141083 auf 150050, also um 6,35 Proz. Eine Steigerung, die um so mehr ins Gewicht fällt, da mit ihr ein erhebliches Anwachsen der Arbeitsleistung verbunden ist.

Mit der allgemeinen Tätigkeit der Sekretariate stieg auch die Zahl der persönlichen Vertretungen. Sie hat sich in den Jahren von 1907 bis 1911 mehr als verdoppelt; sie betrug damals 3175 und ist jetzt auf 6429 gestiegen. Im letzten Jahre betrug die Zunahme 596 — 10,22 Proz. Von den im letzten Jahr wahrgenommenen persönlichen Vertretungen erfolgten 3858, also mehr als die Hälfte, vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung.

Die zur Ausübung der persönlichen Vertretung wahrzunehmenden Termine erreichten 1911 die erhebliche Zahl von 7380. Hieran waren 106 Sekretariate beteiligt. Es wurden 1911 621 Termine mehr wahrgenommen als 1910, 1911 mehr als im Jahre 1909; eine Steigerung von 19,24 Proz. in den beiden Jahren.

Die Unterhaltung der Sekretariate wird von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße eine Angelegenheit der beteiligten Organisationen. Nur noch an 20 Orten werden von den Mitgliedern der beteiligten Organisationen besondere Beiträge erhoben, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß an 7 von diesen Orten nicht die Mitglieder aller beteiligten Organisationen zu besonderen Beiträgen herangezogen werden, sondern daß hier von einem Teil der beteiligten Organisationen die Beiträge direkt aufgebracht werden.

Die für 107 Sekretariate vorliegenden Angaben über die Einnahmen und Ausgaben ergeben, daß Kartelle und beteiligte Organisationen den größeren Teil der Einnahmen der Sekretariate aufbringen. Von der Gesamteinnahme, welche 556 373 Mk. betrug, entstammen von diesen Körperschaften 416 426 Mk. Das sind 74,85 Proz. der Gesamteinnahmen. Durch besondere laufende Beiträge der Mitglieder der beteiligten Organisationen wurden 85 795 Mk. für die Sekretariate aufgebracht, 21 291 Mk. weniger als im Vorjahre. Zuwendungen erhielten die Sekretariate 36 291 Mk., und zwar zahlte die Generalkommission an einmaligen und laufenden Summen an die Sekretariate 17 927 Mk. Die Parteiorganisationen zahlten 11 784 Mark an die Sekretariate, von sonstigen Arbeiterunternehmungen wurden den Sekretariaten 3080 Mk. zugeführt. Aus Staats- und Gemeindemitteln erhielten: das Sekretariat Coburg, welches vollständig aus Staats- und Gemeindemitteln unterhalten wird, 2400 Mk., das Sekretariat Bant einen Zuschuß von 1100 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 512 918 Mk.

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle gingen im Berichtsjahre von 203 auf 198 zurück, trotzdem haben auch die von diesen Einrichtungen erteilten Auskünfte und angefertigten Schriftsätze abermals zugenommen. 47 367 Auskünfte haben 184 Auskunftsstellen erteilt, 15 579 Schriftsätze wurden im Berichtsjahre von 160 Auskunftsstellen angefertigt. Ferner wurden 872 persönliche Vertretungen von 88 Auskunftsstellen wahrgenommen.

Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im letzten Jahre 706 825 Auskünfte erteilt, gegen das Vorjahr eine Steigerung von 49 082. In welchem Umfange die gemeinnützige Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen sich entwickelt hat, wird ersichtlich, wenn man der Zahl von 1911 die Zahl des Jahres 1905 gegenüberstellt, aus welchem das erstmalig für beide Einrichtungen zusammen Zahlen vorliegen. Die im Jahre 1905 von beiden Einrichtungen erteilten Auskünfte betragen 315 946.

Über den Stand der gegnerischen Einrichtungen unterrichtet seit 1909 eine Zusammenstellung des Reichsstatistischen Amtes. Bei Gelegenheit seiner diesjährigen Veröffentlichung sagt das Statistische Amt über den Grundsatz, nach welchem es bei seiner Zusammenstellung verfährt: »In die Erhebung sind im allgemeinen nur die Rechtsauskunftsstellen einbezogen, die an alle Besucher oder an Minderbemittelte unentgeltlich oder nur gegen eine geringe Gebühr Rechtsauskünfte erteilen. Weggelassen sind alle Büros gewerbsmäßiger Rechtskonsulenten. Aufgenommen sind aber alle Rechtsberatungsanstalten von Arbeitervereinigungen, obgleich sie vielfach nur an ihre Mitglieder Auskunft erteilen, sowie die der Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunftserteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe erstreckt.« Es haben an das Statistische Amt berichtet 114 gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen über 309 997 erteilte Auskünfte und 51 967 angefertigte Schriftsätze. Unter dieser Zahl gruppiert das Statistische Amt wie in den Vorjahren das Sekretariat Coburg. Ferner 29 Rechtsauskunftsstellen gemeinnütziger Vereinigungen über 188 099 Auskünfte und 27 956 Schriftsätze.

Die unter Auskunftsstellen sonstiger Arbeitervereinigungen aufgeführten Einrichtungen sind solche gelber Verbände oder Vereine. Sie berichten über die »riesige« Zahl von 4566 erteilten Auskünften und 2019 angefertigten Schriftsätzen. Diesen Zahlen darf man getrost noch die angegebenen Frequenzfiguren einiger unter Auskunftsstellen politischer Vereinigungen gezählter Auskunftsstellen mit zweifellos gelber Tendenz zuzählen, um so einen ungefähren Überblick über die Rechtshilfe in Zahlen zu bekommen, welchen diese zur Zersplitterung der Arbeiterklasse mit Unternehmerschillingen geschaffenen Einrichtungen im letzten Jahre geleistet haben. In der Beurteilung dieser Zahlen wird man natürlich mit derselben Vorsicht zu verfahren haben, als dies den Mitgliederziffern dieser Vereine gegenüber zu geschehen hat.

Unter den Rechtsauskunftsstellen politischer Vereinigungen berichtet die Rechtsauskunftsstelle des Deutschen Ostmarkenvereins, Auskunftsstellen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind im letzten Bericht nicht enthalten, warum, ist nicht zu ersehen. Zusammen berichten 29 dieser Auskunftsstellen über 28 991 Auskünfte und 14 667 Schriftsätze.

Rechtsauskunftsstellen für Frauen berichten 91 über 34 539 erteilte Auskünfte und 4 268 angefertigte Schriftsätze.

Die Hirsch-Dunderschen Verbände gruppieren ihre Einrichtungen in Arbeitersekretariate (9), Rechtsauskunftsstellen (30) und Auskunftsbüros (11). Hier berichten 50 Rechtsschutzeinrichtungen über 52 260 Auskünfte und 11 115 Schriftsätze. Das im Gewerbeverein veröffentlichte Adressenverzeichnis führt 60 Einrichtungen auf, von welchen 32 nur den Mitgliedern der Verbände zur Benutzung offen stehen, welche die Auskunftsstelle errichtet haben. Von Einrichtungen christlicher Gewerkschaften berichten 54 über 40 773 erteilte Auskünfte und 23 614 angefertigte Schriftsätze. Auch bei diesen kann angenommen werden, daß der größere Teil dieser Einrichtungen nur den Mitgliedern der Verbände zur Verfügung steht, welche sie geschaffen haben, denn es werden 50 von diesen 54 Einrichtungen als Einrichtungen bestimmter Verbände bezeichnet. Das gleiche mag für die Auskunftsstellen der polnischen Berufsvereinigungen zutreffen, von welchen 7 über 10 662 Auskünfte und 6 983 Schriftsätze berichten.

Rechtsauskunftsstellen von Arbeitgebern berichten 9 über 9 486 Auskünfte und 4 903 Schriftsätze.

Von konfessionellen Rechtsauskunftsstellen haben 19 evangelische über 32 268 Auskünfte und 14 520 Schriftsätze, 128 katholische über 264 063 Auskünfte und 109 096 Schriftsätze berichtet. Zu diesen berichtet das R.-A., daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften »vielfach die vom Volksverein für das katholische Deutschland errichteten Volksbüros und die Arbeitersekretariate der katholischen und evangelischen Arbeitervereine benutzen, denen die christlichen Gewerkschaften teilweise bestimmte Beiträge für die unentgeltliche Unterweisung ihrer Mitglieder in Rechtsachen zahlen.«

Von 7 ländlichen Genossenschaften, welche in diesem Jahre zum ersten Male in der Statistik des Statistischen Amtes erscheinen, wird über 6 456 erteilte Auskünfte und 478 angefertigte Schriftsätze berichtet.

Gewerkschaftliche Forderungen

In der Juninummer des »Kampf« schreibt Genosse Dr. Adolf Braun unter diesem Titel über taktische Fragen im Gewerkschaftskampfe. Was Braun dort über das, was von Mitgliedern der Gewerkschaften zuweilen als Forderung aufgestellt wird, und das, was als das Erreichbare angesehen werden kann, sagt, sollte von allen Arbeitern sorgfältig gelesen und beherzigt werden. Wir geben diese Ausführungen daher an dieser Stelle wieder. Die Redaktion.

Über Art und Höhe der Forderungen ist Einigkeit oft nicht leicht herbeizuführen. Es ist selbstverständlich, daß sich das *Wünschen*, wenn man nur unter *Wünschen* ist, leicht ins *Nebelhafte* verlieren kann. Freilich ist es sehr traurig, daß man viele Forderungen als *nebelhaft* bezeichnen muß; sie sind oft sehr bescheiden, wenn man die erstrebte Lebenshaltung mißt an den Lebensgewohnheiten der ökonomisch besser gestellten Gesellschaftsschichten. Aber *nebelhaft* können diese Forderungen doch sein, weil sie — bei aller tatsächlichen Bescheidenheit — zu weit entfernt sind von den *bisherigen Arbeitsbedingungen*, so daß sie, so wünschenswert dies wäre, doch vorerst nicht durchgesetzt werden können, bevor nicht einige weitere Errungenschaften vorangegangen sind. Bei der Feststellung der Forderungen wird nun zu häufig — was psychologisch und auch moralisch durchaus begrifflich ist — festgestellt, was die Arbeiter *wünschen*; es werden aber die leider in erster Reihe notwendigen *Machtfragen* und die ökonomische Erwägung unterlassen oder in den Hintergrund gedrängt, ob die Forderungen auch im Augenblick schon durchgesetzt werden können. Nur zu oft wird unterlassen, die Prüfung der Machtverhältnisse, der Entfernung vom gesetzten Ziel und der Erfolgsmöglichkeit, oft wird auch unterlassen die Unterscheidung von *friedlich* oder *bloß im Kampf* Erreichbaren und auch des im gegenwärtigen Augenblick auch nach der zähesten Anstrengung nicht Erreichbaren. Hier und da wird beim Aufstellen der Forderungen unterlassen, die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die der Verwirklichung der Forderungen entgegenstehen. Bei dieser die tatsächlichen Machtverhältnisse außer acht lassenden Methode spielt die Absicht mit, mit schärferen agitatorischen Mitteln auf die Arbeiter, die zur Arbeitseinstellung veranlaßt werden sollen, zu wirken. Man geht hier und dort von der nicht allzu glücklichen Erwägung aus daß man die Arbeiter, die man zum Kampf führen will, auf das theoretisch Wünschbare und nicht auf das unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nur mit aller Kraft Erreichbare verpflichten soll. So mancher denkt eben da bloß an das, was der heutige Tag zu leisten hat, und überlegt nicht, daß diese Taktik unbedingt zu Enttäuschungen und zu einer zu geringen Wertung künftiger zu stellender Forderungen führen muß. Diese Methode kann zu einer Schädigung des Ansehens der ge-

werkschaftlichen Organisation überhaupt führen, sie hat vielleicht glücklicherweise bisher nur in geringem Maße — diese Folgen schon zeitig. Die Arbeiter können mißmutig werden, weil das, was ihnen in den ersten Tagen des Kampfes als das unbedingt Notwendige bezeichnet wurde, nach Wochen schweren Kampfes als nicht durchsetzbar nachgewiesen wird. Mit aller Energie muß den streikenden Arbeitern dann nahegelegt werden, daß sie sich mit weniger zufriedengestellt erklären sollen, als ihnen bei Aufstellung der Forderung als das unbedingt zu Erzwingende bezeichnet wurde.

Nicht selten werden auch im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern für den Augenblick überspannte Forderungen gestellt, weil die Unternehmer gewohnt sind, immer weniger zu bieten als die Arbeiter fordern. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Methode des Handelns und Feilschens, die die Unternehmer pflegen, die Arbeiter und ihre Vertreter nötigt, ihre Forderungen höher zu schrauben, als dies ernstlich beabsichtigt wird. So kommt ein ungesundes, sagen wir es offen, ein unsolides Moment — vor allem durch die Unternehmer und durch die Sekretäre ihrer Organisationen — in den gewerkschaftlichen Kampf, das in gleicher Weise Unternehmer wie Arbeiter stört, die Dauer der Kämpfe werden erhöht, während leider das Gefühl des Triumphes über die Errungenschaften nicht in ungetrübtter Reinheit in Erscheinung treten kann. Deshalb wirken die erfolgreichen Kämpfe der Gewerkschaften nicht mit der vollen agitatorischen Kraft, ihre Erfolge wirkten viel zu wenig begeisternd. So manche überaus bedeutungsvolle Errungenschaft hat die Organisation nicht, wie man erwarten mußte, gewaltig gestärkt, sondern nicht selten einen gewissen *Mißmut* bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hervorgerufen. Die Arbeiter messen nun zu oft nach abgeschlossenem Kampf ihre Triumphe nicht an den *bisherigen Arbeitsbedingungen*, sondern an den *Forderungen*, die an die Verbandsleitung geleitet wurden, und von dieser beschnitten werden mußten und die dann den Unternehmern schon verringert überreicht wurden, aber noch immer bei den augenblicklichen Machtverhältnissen nicht vollkommen durchgesetzt werden konnten.

Um so ungünstiger werden die Errungenschaften — gemessen an den Forderungen — erscheinen, je länger der Kampf gedauert hat, nicht selten steht aber die Länge des Kampfes in einem ursächlichen Verhältnis mit der Unmöglichkeit, die aufgestellten Forderungen restlos durchzusetzen. Die lange Dauer des Kampfes erschwert die Verhandlungen, steigert die Kriegskosten der Verbände, außerdem noch die schwer empfundenen Opfer, die jeder im Kampfe Stehende bringen muß. Die steigende Erbitterung läßt häufig Unternehmer wie Arbeiter den Augenblick verpassen, der eine Einigung möglich machen würde. Forderungen, die an sich zwar *durchaus gerecht* sind, zum Zeitpunkt des Kampfes aber *nicht durchsetzbar* sind, verlängern oft die Dauer des Kampfes weit über das notwendige Maß, machen hier und da den Friedensschluß unmöglich und schaffen oft nachhaltige Einbußen an gewerkschaftlicher Macht und Ansehen, sie führen dann zur Minderung des Vertrauens der Arbeiter in die gewerkschaftlichen Organisationen. Das nicht genügende Überlegen bei der Aufstellung der Forderungen hat in vereinzelt Fällen die unerwartete und für unmöglich gehaltene Folge gehabt, daß manche Betriebe und ihre Arbeiter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen auf lange Zeit völlig entzogen wurden. Dr. Adolf Braun.

Eingegangene Gelder.

Für das I. Quartal 1912 gingen noch folgende Beiträge ein: Aachen Mk. 323,17, Augsburg 300,—, Bielefeld 100,—, Colmar 71,60, Cöslin 30,—, Emmerich 50,—, Hanau II. Rate 150,—, Neu-Isenburg II. Rate 125,35, Neurode 200,—, Rudolstadt 78,99, Spremlingen 180,— und Ulm 96,69.

Für das II. Quartal 1912 wurden folgende Beiträge eingegangen: Altona 150,—, Altwasser 114,81, Achersleben 780,—, Barmen II. Rate 677,08, Bautzen II. Rate 1200,96, Bietligheim 130,—, Bonn, 481,05, Braunschweig 100,—, Brandenburg II. Rate 759,53, Braunschweig 500,—, Chemnitz 1200,—, Coblenz II. Rate 430,—, Coswig 200,—, Crefeld 400,—, Crimmitschau II. Rate 200,—, Danzig 550,—, Darmstadt II. Rate 300,—, Dessau 190,29, Detmold 365,38, Dortmund 350,—, Düren 137,70, Düsseldorf 1319,10, Ebersbad 150,—, Einbeck II. Rate 150,—, Elberfeld 1070,—, Erturt 805,57, Essen 350,—, Eßlingen 800,—, Frankfurt a. M. II 700,—, Freiburg i. Schl. 69,70, Fürth 400,—, Geißlingen 130,—, Glauchau 150,—, Gleiwitz 180,—, Glogau 590,—, Görlitz 320,—, Grimma 313,96, Hanau 200,—, Harburg 140,—, Herford 280,—, Hildesheim 330,—, Hirschberg 200,—, Jena 482,12, Iserlohn 300,—, Kattowitz 100,—, Kaufbeuren 459,83, Kirchhain 23,31, Lübeck 700,—, Lüneburg 150,—, Magdeburg 700,—, Meissen 1000,—, Niedersiedlitz 400,—, Nordhausen 180,—, Nürnberg I 500,—, Offenbach 134,—, Osnabrück 42,—, Pforzheim 150,—, Plauen 80,—, Posen II. Rate 100,—, Potsdam 163,75, Regensburg 180,—, Remscheid 88,85, Rheydt 500,—, Saalfeld 1000,—, Schramberg 200,—, Solingen 350,—, Stolberg II. Rate 193,67, Straßburg II. Rate 300,—, Stuttgart II. Rate 500,—, Viersen II. Rate 100,—, Wiesbaden 100,—, Wurzen 340,50 und Zwickau 200,— Berlin, den 27. Juli 1912. Wilh. Brall



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Taktik der Unternehmer in der Ferienfrage.

Sommerurlaub für die Arbeiter! Das ist eine Forderung, die von den Arbeiterorganisationen und ihrer Presse stets mit großem Nachdruck erhoben wurde, für die aber angesichts der immer intensiver werdenden Ausbeutung der Arbeiter in der kapitalistischen Gütererzeugung mit immer größerer Kraft eingetreten werden muß.

In alter Zeit dachte niemand an Ferien im Sinne einer Ruhepause in der Arbeit des ganzen Jahres. Für die Kleinbürger, Händler und Uewerbtreibenden jener Zeit konnte es so etwas wie Ferien gar nicht geben: ihnen wäre es gar nicht möglich gewesen, ihr Geschäft auch nur eine Woche im Stiche zu lassen. Sie waren ihre eigenen Meister, ihre Arbeit ging ruhig von statten, bot Abwechslung und brachte ihren Lohn mit sich; sie lebten still und zufrieden in ihrer kleinstädtischen Umgebung, noch in hohem Maße mit der Natur unmittelbar verbunden. Es lag darum kein Bedürfnis vor, dieses Leben in der Sommerszeit zwecks Erholung in der Natur auf Wochen zu unterbrechen.

Das ist heute alles anders geworden. Die Natur der Arbeit hat sich von Grund auf geändert. Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß die Arbeit durch die Anwendung von Maschinen aus *Muskelarbeit* immer mehr zur *Nervenarbeit* wird. In der *kapitalistischen Gütererzeugung* ist es unter dem Zwange der Profitsucht und der Konkurrenz notwendig geworden, die Arbeit besser zu organisieren, Arbeitskräfte in immer größerer Zahl anzuwenden und die Arbeiter in dumpfen, stickigen Fabriken zusammenzupferden. Zugleich ist die Tätigkeit durch die Teilung und Mechanisierung immer eintöniger geworden, sie ist vielfach reizlos, stumpf ab und ermüdet um so mehr. Die Arbeit unter modernen *kapitalistischen* Verhältnissen ist ein scharfes *Wettrennen* und eine *Tretmühle* zugleich; sie stellt an Muskeln und Nerven Ansprüche, die zu einem vorzeitigen Zusammenbrechen des Arbeiters führen müssen, wenn nicht besondere Abhilfe geschaffen wird. Verkürzung der Arbeitszeit ist eins, das notwendig ist, aber daneben sind als zweites *Ferien* nötig!

Die schwere Ermüdung durch die einfache körperliche Arbeit im Dienste des Kapitalismus wäre ohne den allwöchentlichen Ruhetag, den Sonntag, gar nicht auszuhalten; für die Überspannung des Nervensystems kann die Sonntagsruhe nicht genügen. Daher muß die Forderung von Ferien für die Arbeiter mit immer größerer Kraft erhoben werden! Gestattet es der aus den Knochen der Arbeiter herausgeschundene Mehrwert den Kapitalisten, sich durch Reisen in die Schweiz, den Rhein entlang usw. die *gähnende Langeweile ihrer Existenz* zu vertreiben, oder in Bade- und Kurorten Heilung von *Fettleibigkeit* und *Magenbeschwerden* zu suchen, so besteht für die kapitalistischen Ausbeuter auch die *moralische Verpflichtung*, ihren Arbeitern im Jahre ein paar Wochen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren, damit sie in der Ruhe der freien Natur Erholung für ihre durch die Arbeit überangestregten Nerven suchen können.

Das Unternehmertum wird zwar der mit immer größerem Nachdruck erhobenen Forderung der Arbeiter nach Ferien zähen Widerstand entgegensetzen, aber dem *ehernen Gebot der Notwendigkeit* werden sie sich auch in der Ferienfrage nicht dauernd widersetzen können. Ähnlich wie bezüglich der im allgemeinen doch allmählich verkürzten Arbeitszeit wird das Unternehmertum auch in der Ferienfrage Zugeständnisse machen müssen. Durch die modernen Antreibungs- und Ausbeutungs-

methoden wird die Arbeitsleistung der Lohnsklaven in der kapitalistischen Gütererzeugung immer mehr gesteigert. Schließlich darf aber doch der Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft nur bis zu einer gewissen Grenze getrieben werden, wenn die Intelligenz und die Schaffenskraft der Arbeiter nicht unter das erforderliche Maß sinken sollen, das den geordneten Fortgang des Arbeitsprozesses und dessen Entwicklung zu höheren Formen der Gütererzeugung gewährleistet. Die Ferien werden zu einer Art Sicherheitsventil, das die Arbeitskraft auf der erforderlichen Höhe der Leistungsfähigkeit erhält. Es liegt also schließlich im Interesse der Kapitalisten selbst, wenn sie den Arbeitern alljährlich eine Ruhepause von einigen Tagen oder Wochen gönnen, um ihren Geist zu erfrischen und ihre Nerven zu stählen zu neuer Arbeit, zur Schaffung neuer Profite für ihre Ausbeuter. Es wird sich also das Unternehmertum im allgemeinen der Einsicht in den Gang der Dinge nicht verschließen können.

Es werden sich natürlich auch Unternehmer finden — und das gilt besonders von den braven Schutzverbändlern im deutschen Steindruckgewerbe —, die der Forderung von Arbeiterferien aus andern Gründen hartnäckigen Widerstand entgegensetzen. Bei dieser Sorte Ausbeuter wird besonders die *stille Furcht*, daß die Arbeiter durch dieses neue Zugeständnis immer *»freier«*, d. h. *stärker im Kampfe* werden könnten, einen Grund des Widerstandes bilden.

Ganz große Schlaumeier unter den Ausbeutern sind hingegen schon auf die Idee gekommen, Ferien so gewissermaßen als *Zuckerbrot* und auch zugleich als *Peitsche* für ihre Arbeiter einzuführen. Sie betrachten einerseits die Arbeiterferien als eine Einridtung, mit der der Arbeiter zufrieden gemacht und mit dem Ausbeutungssystem ausgesöhnt werden könne, und andererseits gedenken sie den Arbeiter, der sich nach ihrer Meinung im Verlaufe des Jahres nicht als *»brav und fleißig«* erwiesen hat, durch Entziehung der Ferien zu *züchtigen*.

Unter den Schutzverbändlern des deutschen Steindruckgewerbes sind natürlich solche Anschauungen in der Ferienfrage sehr stark vertreten. Diese Tatsache bietet auch die Erklärung dafür, daß sich der Schutzverband beim Abschluß der letzten Bewegung nur zu der Erklärung herbeiließ, »eine allgemeine obligatorische Einführung von Ferien nicht gewähren zu können, sondern die Ferienfrage den einzelnen Prinzipalen zu überlassen!«

Daß die Erklärung tatsächlich nur den oben angedeuteten Motiven entspringen ist, beweist z. B. schlagend das Verhalten der Firma *Leunis & Chapman in Hannover*. Von dieser Firma, deren Mitinhaber Herr *Fettback* sogar eine Zeilang in sozialpolitischer Hinsicht als besonders einsichtig gegolten hat, wurden heuer den Lithographen und Steindruckern die Ferien gestrichen. Als Grund wurde angegeben, daß diese Lithographen und Steindrucker im vergangenen Winter lange genug Ferien gehabt hätten. Bekanntlich hatte auch die Firma *Leunis & Chapman* bei der letzten Bewegung ihre Lithographen und Steindrucker ausgesperrt. Die Kollegen werden also jetzt von ihrer Firma deshalb bestraft, weil sie sich *»erdreistet«* hatten, sich während der letzten Bewegung nicht terrorisieren zu lassen und ihrem *Verbande treu* geblieben!

Derartige *»Sozial-Reformer«* unter den Unternehmern, die da glauben, die Ferienfrage in diesem Sinne zu ihrem Nutzen lösen zu müssen, werden, dessen dürfen wir gewiß sein, nicht auf ihre Rechnung kommen. Es wird sich gar bald herausstellen, daß sie mit solchen Machenschaften in der Ferienangelegenheit gerade das Gegenteil von dem erreichen, was sie wünschen und hoffen. Solches Vorgehen kann ja nur unter den Arbeitern Verbitterung und niemals Zufriedenheit schaffen! Selbst der indifferenteste Arbeiter wird dadurch zu der Einsicht kommen, daß er sich

nur durch den Gewerkschaftskampf den sozialen Vorteil der Ferien erkämpfen kann.

Wer mit uns für das Recht der Kollegen auf Ferien wirken will, der gehe darum hin und werbe und streite für den Verband. Sind erst alle Kollegen dem Verbande angeschlossen, dann *»müssen«* sich auch für uns diese trefflichen Verse von Karl Gerock verwirklichen:

Luft und Licht dem armen Manne,
Der verhüllt in Rauch und Dampf,
In des Brotherrn strengem Banne
Kämpft des Daseins harten Kampf;
Nach der Wodens Last und Plage
Gönnt ihm seine Feiertage,
Schafft ihm, weil es Menschenpflicht,
Luft und Licht!

Rich. Sch—er.

Zur Ferienfrage!

In No. 28 der *»Graphischen Presse«* erschienen gleich zwei Artikel, die sich mit der Ferienfrage beschäftigten. Ich habe mir nun diese beiden Artikel nicht ein-, sondern zweimal durchgelesen. Erst wollte ich mit Stillschweigen darüber hinweggehen, aber ehrlicherweise bin ich gezwungen, auch dazu einen kleinen Beitrag zu liefern. Hätten diese Artikel in einem Blatte gestanden, in dem nur Sozialpolitiker aus akademischen Kreisen ihre Sozialwissenschaft anbringen, gut — dann wäre es zu verstehen. Von Männern aus dem Volke und der realen Praxis dürfte man aber etwas praktischeres erwarten. Mit einem höhnischen *»Unmöglich«* wurden wir bekanntlich von unseren Unternehmern bei den Verhandlungen über die Ferienfrage zurückgewiesen. Wo bleibt da auch der dreimal heilige Profit? — Selbst in einem großen Geschäft seit 37 Jahren beschäftigt, das den Ruf großer Humanität nach außen hin genießt, ist es uns seit vorigem Jahre gelungen, jedem Lohnarbeiter, der zehn volle Jahre ununterbrochen im Geschäft tätig ist, drei Tage Urlaub herauszuholen, — bei voller Bezahlung. Es war wenigstens der Anfang. In diesem Jahr hofften wir auf eine kleine Erweiterung. Wir bekamen jedoch die Antwort: *»Nur nicht zu stürmisch, meine Herren, die erste Periode hat ziemlich 75 Jahre gedauert.«* Ähnlich verfahren hier mehrere Weltfirmen, wo der Buchdruck vorherrschend ist; einzelne haben sogar die Ferien ganz zurückgezogen.

Nun aber die Argumente in den Artikeln, wie man durch solides Wirtschaften sich jährlich ein kleines Kapital hinlegen könnte, um eventuell die Reisekosten für sich und seine Familie zu ersparen. Beinah' riecht das nach dem Rezept von Eugen Richters Spar-Agnes.

Wie oft ist schon bewiesen worden, wie in dem letzten Jahrzehnt die Löhne wohl gestiegen, dahingegen die Lebensmittel durch unsere Zollgesetzgebung weit mehr in die Höhe geschneit sind. — Als junger Mensch, als ich noch die Lehren der Volksschule nicht klar durchschaut hatte, lebte auch ich in dem idealen Wahn: *»Nur fleißig, solide und nüchtern muß du sein, dann hast du auch stets Anteil an den Genüssen des Mehrwertes der Arbeit.«* Mit welchem Enthusiasmus habe ich damals die Wander- und Vaterlandslieder gesungen und mein viel besungenes Vaterland mir ansehen wollen. Aber die nackte Wirklichkeit des Kapitalismus lehrte mich bald etwas anderes. — Durch das Vertrauen meiner Kollegen später hier und dorthin als Delegierter zu einem Kongreß geschickt, lernte ich wohl einzelne Schönheiten unseres Vaterlandes im Fluge kennen. Dabei empfand ich aber erst recht, wie erbärmlich der Proletarier ist, der nur den Staub, das Hasten und Jagen der Großstadt und seiner nächsten Umgebung kennen lernt. — Ich meine, die 50 oder gar 100 Mk. jährlich, die man zu einer Ferientour hätte sparen und anwenden können, hat in den letzten zehn Jahren schon Vater Staat fürsorglich uns abgenommen, und in seine große Sparkasse, die ja nie überläßt, gelegt. Aber auch die Lohnverhältnisse im Klassenstaat sind schon so eingerichtet, daß man — sofern man auch regelmäßig Arbeit und wenig oder gar keine Krankheit in der Familie hat — gerade nur jedem gerecht werden kann. Will der Arbeiter der Großstadt nur halbwegs menschenwürdig wohnen, dann zahlt er schon mindestens 20 Prozent seines Einkommens für Wohnungsmiete. Das weitere Arbeiterbudget brauche ich hier wohl nicht erst anzuführen, es würde doch nur zu Ungunsten der Ferienkasse ausfallen.

Ich will durchaus nicht nörgeln, bin aber, wie schon gesagt, ein Menschenalter in steter Beschäftigung und habe um mich herum über hundert ältere Kollegen aller graphischen Branchen, denen es allen so ergoht wie mir. Extravakanzen kennen wir alle nicht. Schnaps ist uns fast fremd, Spielratten sind wir auch nicht, nur daß der eine oder andere für die Familie gezwungen ist, ab und zu mal etwas tiefer in den Geldbeutel zu greifen. — Ich fühle mich verpflichtet, diese Zeilen zu schreiben, um unsern Unternehmern nicht noch Anlaß zu geben, behaupten zu können: *»Nun meine Herren! Da haben Sie das Rezept, nur fleißig sparen von dem guten Einkommen, — schließlich sparen Sie auch*

noch den eventuell ausfallenden Lohn für die paar Ferientage hinzu. Um den Raum unserer Presse nicht allzusehr in dieser Frage in Anspruch zu nehmen, mache ich Schluß. Sorgen wir alle für Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch immer festeren Zusammenschluß in unserer Gewerkschaft. Unterstützen wir alle politischen Bestrebungen unserer Arbeitervertreter und die Zeit wird kommen, wo wir alle ein zufriedeneres Dasein führen können. Gehen wir auch langsam, jedoch Schritt für Schritt vorwärts, so haben wir Alten wenigstens heute schon die Genugtuung, nicht ganz umsonst gearbeitet zu haben. A. F. B.

Zum Artikel: Betriebskrankenkassen gegen den Willen der Arbeiter.

In Nr. 29 der »Gr. Pr.« befindet sich ein Artikel, betitelt »Betriebskrankenkassen gegen den Willen der Arbeiter«. Dieser Artikel ist mit C. H. unterzeichnet. Ich sehe mich nun zu der Feststellung veranlaßt, daß der Artikel in der zur Veröffentlichung gelangten Form nicht von mir stammt.

Carl Hensel.

Ortsberichte.

Dresden. Am 8. Juli fand im »Restaurant zur Börse«, Dresden-Neustadt, Leipzigerstraße eine Versammlung der Lithographen und Steindruckere von Dresden-Neustadt und Umgegend. Als Referent war Kollege Leinen erschienen, der das Thema »die Lehren unserer letzten Bewegung« behandelte. Die vorzüglichsten Ausführungen des Kollegen Leinen fanden allgemeine Anerkennung. Es wurde dann noch gewünscht, bald wieder einmal eine Versammlung gleich nach Schluß der Arbeit in der Nähe der verschiedenen Geschäfte abzuhalten, um so den Versammlungsbesuch wieder zu steigern. Diesem Wunsch versprach die Verwaltung nachzukommen.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Deutscher Lithographen-Bund in Liquidation.

Abrechnung vom 1. April bis 1. Juli 1912

Einnahmen:		M.	pf.
Kassenbestand am 1. April 1912		3392	83
Bankzins		29	45
Summa:		3422	28
Ausgaben:		M.	pf.
Krankengeldzuschuß 49 Tage à 1,00 Mk.	49	—	—
87 " à 0,66 "	57	42	—
6 " à 0,33 "	1	98	—
Verlust durch Verkauf eines 3/4 Pfandbriefes	28	20	—
Depot-Gebühr (Vereinsbank Nürnberg)	2	50	—
Revision IV. Quartal 1911—12	2	—	—
Porto und Honorar des Geschäftsführers	10	50	—
Summa	151	60	—
Kassenbestand am 1. Juli 1912		3270	68
Summa		3422	28

Nürnberg, den 11. Juli 1912.

Für die Richtigkeit:

Die Revisoren

Fr. Lößlein, Geschäftsführer,

Nürnberg, Ludwig-Feuerbach-Straße 38 II.

Beisitzer: Tob. Off. A. Schulz.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-Aluminium- und Notendrucker.

Eine Kündigungs- und Arbeiterentlassungskomödie

ausgeführt in Firma Ph. Rosenthal & Comp. Porzellanfabrik Selb.

Nicht jeder Unternehmer möchte als Scharfmacher verschrien sein, der im Arbeiter nur den Lohnsklaven und eine Mehrwertzeugungsmaschine erblickt und diesen als solche behandelt. Es ist bekannt und keine Seltenheit, daß solche Unternehmer in Verlegenheit kommen, wenn es für sie gilt, einen ihnen unbequemen Arbeiter aus dem Betriebe zu entfernen, der als Vertrauensmann seiner Kollegen bekannt ist und die Interessen seiner Arbeitsbrüder und seiner Berufsorganisation dem Unternehmer gegenüber zu vertreten wußte. Diesen Sünder gegen die dreimal heiligsten Geldsackinteressen möchte man gerne los werden, nicht immer kann und will man ihm den Stuhl direkt vor das Fabrikort setzen, man sucht nach Gründen und wartet auf eine passende oder unpassende Gelegenheit, sich diesen Frechdachs abzuwimmeln. Wie geschickt und ungeschickt bei Aufführung solcher Komödien mitunter verfahren wird, und wie eifrig die Kulissen geschoben werden, um den gewünschten

Effekt zu erzielen, konnten in letzter Zeit die Kollegen der Mitgliedschaft Selb beobachten.

Der Leiter der Druckereiabteilung der Firma Ph. Rosenthal & Comp. in Selb, ein Herr Doktor Zöllner, kündigt unserm Vertrauensmann, der die Schuld daran tragen soll, daß sich ein neuengagierter Maschinenmeister nach einem zweitägigen Gastspiel im Betriebe bei Nacht und Nebel wieder verduftet hat. Dieser Neue war der Firma Rosenthal von einer Porzellanfabrik in Altrohau bei Karlsbad bestens empfohlen worden und den Kollegen wurde er bekannt als Unorganisierter, der während des Streiks in Altrohau weitergearbeitet hat und bis jetzt dort in Stellung war.

Also der Neue kam, sah und — schimpfte! Er schimpfte über die Maschine, an die er gestellt wurde, deren Format ihm zu groß und ungeeignet für die tragliche Arbeit war; er hat sich auch zwei Tage redlich geplagt, ohne ein befriedigendes Druckresultat zu erzielen. Dem Herrn Doktor Zöllner erklärte er dann, er sei davon überzeugt worden, daß die Maschine mangelhaft sei und nichts taue. Das brachte den Herrn Doktor in Harnisch und veranlaßte ihn zu der Frage an die anwesenden Kollegen: »Wer hat dem Manne gesagt, daß die Maschine nichts taugt?« worauf ihm vom Vertrauensmann erwidert wurde: »Es ist nichts mit ihm gesprochen worden.« Der neue Maschinenmeister konnte im Ankleideraum dieses Frage- und Antwortspiel mit anhören und es wurden ihm auch gleich Vorhaltungen von den Kollegen gemacht, wegen seiner zweideutigen Äußerung. Er rechtfertigte sich durch die Erklärung, er sei durch seine Tätigkeit an der Maschine selbst davon überzeugt worden, daß sie fehlerhaft ist; es habe ihm das niemand gesagt, es sei nicht seine Absicht und er habe keine Ursache, irgend welchen Kollegen zu verdächtigen. Am dritten Tage kam der Neue nicht wieder, trotzdem ihm die Konzession gemacht worden war, daß er an eine andere Maschine gestellt wird. Die Firma erhielt einen Brief von ihm.

Unser Vertrauensmann wurde ins Kontor beordert und dort wurde ihm erklärt, daß man ihm seine Stellung kündigen müsse. Der gut empfohlene Maschinenmeister sei wieder fort; es sei ein Druck auf diesen ausgeübt worden. Der Maschine fehle nichts. Es sei Sache der Firma, wen sie einstelle oder nicht. Die Sache war dem Herrn Doktor so ernst, daß er sich zu diesem Vorher einen Stenographen zuzog, der nun seine Tinte zu verspritzen hatte, als unser Kollege an die Reihe zum Sprechen kam. Dieser konnte nun nichts anderes als die Wahrheit sagen, daß er und seine Kollegen ganz unschuldig sind an dem plötzlichen Weggange des Druckers und daß dieser wahrscheinlich deshalb nicht wieder gekommen sei, weil er sich diesem Posten nicht gewachsen fühlte. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzung gab sich für unseren Kollegen die Gelegenheit, auszusprechen, was er und jeder organisierte Arbeiter über einen Arbeitswilligen denkt. Dieses offene Geständnis war dem Herrn Zöllner Wasser auf die Mühle, die er nun auch weiter klappern ließ. An diesem Tage wurde die Kündigung nicht ausgesprochen, sondern erst am Ende der Arbeitswoche durch einen Einschreibebrief.

Die Kollegen im Geschäft waren überrascht. Einer Kommission, die sofort vorstellig wurde und nach dem Grunde der Kündigung forschte, erklärte der Herr Doktor, er sei in seiner Auffassung, daß auf den neuen Maschinenmeister zum Schaden der Firma eingewirkt worden ist, durch ein Schreiben von diesem noch bestärkt worden. Er gebe unserm Vertrauensmann die Schuld, weil dieser doch mit dem Maschinenmeister gesprochen habe und Letzterer gebe ja auch in seinem Briefe an die Firma der Befürchtung Ausdruck, daß es auf die Dauer nicht gehen und wahrscheinlich zu Reibereien mit den Kollegen führen werde. Unser Gauvorsitzender Kollege Billmann, der in dieser Sache beim Herrn Doktor Zöllner vorstellig wurde, bekam ungefähr dasselbe zu hören. Dieser Brief sei also erst die Veranlassung der Kündigung unseres Kollegen gewesen.

Da muß nun zunächst bemerkt werden, daß unser Kollege mit diesem Maschinenmeister schon früher einmal zusammengearbeitet hat. Die Beiden kannten sich gegenseitig sehr gut, ihre Frauen stammen aus einem Ort und haben immer aufs freundschaftlichste mit einander verkehrt. Es ist also ganz erklärlich, daß sie sich bei dem unerwarteten Zusammentreffen hier in Selb gegenseitig begrüßten, trotzdem der eine organisiert war und der andere nicht. Unser Kollege hat diesen Bekannten gastfreundlich aufgenommen, er hat ihn bewirtet, es sind Erinnerungen aus früherer Zeit ausgetauscht worden. Man könnte nun unserem Kollegen höchstens den Vorwurf machen, daß er sich mit einem Arbeitswilligen zu viel abgegeben hat — den Vorwurf könnten wir ihm machen und nicht die Betriebsleitung — aber kein in die Verhältnisse Eingeweihter wird auf die Idee verfallen, daß er ihn aus der Bude hinausekeln wollte. Und noch weniger konnten wir es verstehen, daß dieser Maschinenmeister so schofel und niederträchtig gewesen sein sollte, seinen Bekannten bei dessen Vorgesetzten durch unwahre Behauptungen hineinzuzeigen. Es war demnach für uns von Interesse, zu wissen, was denn eigentlich in diesem Briefe steht.

Herr Doktor Zöllner hat uns über den Inhalt dieses Schreibens im Unklaren gelassen! Aus sehr begreiflichen Gründen! Denn sobald er uns alles

gesagt hätte, was wirklich drin steht, hätte er nicht mehr sagen können, der Brief habe ihm berechtigte Veranlassung zu seinem Vorgehen gegeben. Nicht einmal ein Hitzelfeier in diesem Schreiben kann jemand zu der Auffassung bringen, daß unser Vertrauensmann die Schuld tragen soll an der eigentümlichen Art der Lösung des Arbeitsverhältnisses dieses Maschinenmeisters. Unser Kollege ist Andruker, die in dem Schreiben gemachten Äußerungen beziehen sich also nicht auf ihn, sondern auf den in der Firma Rosenthal tätigen Oberdrucker Klaus! Und wenn der Herr Doktor empfindlich wäre für die Aufklärung von Irrtümern, wenn er sich selbst nicht gar so gut gefallen hätte in der Rolle eines Komödianten, wenn unserm Vertrauensmann nicht unter allen Umständen der Strick gedreht werden müssen, dann hätte ihn ein zweites Schreiben dieses Maschinenmeisters auf einen anderen Weg bringen sollen. Herr Zöllner hätte sich selbst sagen müssen, daß er im Unrecht war und daß es sich mit seiner Stellung im Geschäft schlecht vereinbart, wenn er diesen Vorwurf auf sich sitzen läßt.

Wir unterbreiten der Öffentlichkeit ein Schreiben, welches unser Gauvorsitzender an den vielgenannten Herrn Dr. Zöllner in dieser Angelegenheit gerichtet hat:

»Sehr geehrter Herr! Ich gestattete mir unterm 7. Juni l. J. in der Angelegenheit G. einen Brief an Sie zu richten, den ich, nachdem die Sache eine weitere Aufklärung gefunden hat, gezwungen bin zu ergänzen.

Sie empfangen unterm 22. Mai und 4. Juni cr. von Herrn J. (das ist der betreffende Maschinenmeister) je einen Brief, deren Wortlaut mir in Abschrift vorliegt und zwar durch das Entgegenkommen des p. J. selbst.

Aus den beiden Briefen J. an Sie geht unzweifelhaft hervor, daß G. nicht im geringsten verantwortlich gemacht werden kann, daß J. das Arbeitsverhältnis in Ihrem Geschäft auf so eigentümliche Art gelöst hat.

Schon der Brief vom 22. Mai, der nach Ihren Angaben mir gegenüber eigentlich erst die Veranlassung für die Kündigung G. gewesen sein soll, ergibt nach der Richtung hin bei jedem Unbefangenen eine andere Auffassung als die Ihrige. Es heißt da: »Falls Sie mich nun an eine andere Maschine stellen würden, würde es, wie ich gestern Abend bereits bemerkte, zu Reibereien mit den Maschinenmeistern führen, was auch mir nicht angenehm wäre und jedenfalls früher oder später mein Schaden wäre.«

Leider haben Sie, Herr Dr. Zöllner, bei meinem persönlichen Dortsein mir diesen Passus verschwiegen.

In dem Brief J. vom 4. Juni an Sie ist folgendes zu lesen: »Als man in Altrohau erfuhr, daß ich nach dort engagiert sei, wurde mir von einem hiesigen Umdrucker die Mitteilung gemacht, mich in Selb vor einem Herrn Klaus zu hüten. Dieser Umdrucker hat vor einigen Jahren, als noch Herr B. Oberdrucker bei Ihnen war, in Ihrer werten Offizin gearbeitet. Ich habe aber auf diese Warnung nicht viel gegeben, da ich mir selbst zu helfen weiß. Ich hielt aber die Augen offen.«

Weiter heißt es: »Da man über meine Druckresultate Ihnen jedenfalls Vortrag gehalten hatte, so kamen Ew. Hochwohlgeboren gegen Abend zu mir und stellten mich zur Rede. Als ich bemerkte, daß ich bisher an Schum. W. & St. Maschine gearbeitet habe, so wollten sie mich an die Maschine des Oberdruckers Kl. stellen. H. Kl. empörte aber dieses, wie Ihnen noch erinnerlich sein dürfte. Diese Empörung mit der Warnung des hiesigen Umdruckers in Verbindung gebracht ließen mir keine glänzende Zukunft ahnen. Auf Grund dieser Umstände zog ich es vor, Ihre werte Offizin wieder zu verlassen.«

Aus all dem geht hervor, daß G. an dem, was man ihm Ihrerseits zur Last legt, unschuldig ist und man konnte billigerweise erwarten, daß nach dem dieser die völlige Unschuld G. darlegende Brief am Mittwoch, den 5. Juni in Ihren Händen war, die Kündigungsfrist G. aber erst nach dem Eintreffen dieses Briefes ausließ, Ihrerseits die Kündigung zurückgenommen worden wäre, zumal J. in seinem Briefe den persönlichen Verkehr in der Familie G. selbst betont: »daraus aber zu schließen, daß p. G. mir etwa abgeredet oder auf die Mängel der Maschine aufmerksam gemacht hätte, dürfte denn doch etwas zu weit gegriffen sein, wie ich Ihnen auch persönlich mitgeteilt hatte.« Und im Schlußsatz dieses Briefes heißt es: »zumal denselben absolut keinerlei Schuld an meinem Weggange trifft.«

So die Briefe J. an Sie, die das direkte Gegenteil von Ihrer Auffassung und Handlungsweise bezeugen.

Da nach der vorliegenden Schilderung Ihre Voraussetzungen vollständig unzutreffend sind, so gebe ich dem Gedanken Ausdruck, daß ein Mann in der Stellung wie Sie, sich nicht nadreden lassen wird, ein Unrecht getan zu haben.

Indem ich Sie ersuche, mir baldigst Antwort zu geben, zeichnet H. F. Billmann.

Auf diesen Brief ist keine Antwort erfolgt! Am Tage vor seinem Austritt wurde unserm Vertrauensmann vom Herrn Doktor eröffnet, daß die Kündigung nicht zurückgenommen werden könne, weil er ihn belogen habe, weil er an dem betreffenden Abend gesagt habe, es sei mit dem

neuen Maschinenmeister nichts gesprochen worden. Das ist also nun der letzte und richtige Grund. Weil also dem Herrn Doktor nicht gleich auf die Nase gebunden wurde, daß die beiden ganz harmlos miteinander verkehrten — denn diese Tatsache sieht doch in keinem Zusammenhang mit der Doktorfrage, wer dem Manne gesagt habe, daß die Maschine nichts taugt — muß der Sünder zum Schluß doch daran glauben. Der Strick war gedreht, der Kerl mußte gehängt werden. Und wer nun den letzten Grund nicht als stichhaltig anerkennt, dem ist nicht mehr zu helfen, selbst nicht von einem Professor. Man muß schon recht viel studiert haben, um sich in all den Widersprüchen zurecht zu finden. Oder aber — man kippt den Gelehrtenstisch um, stellt auch den Herrn Professor mit auf den Kopf und sagt ihm mit aller Deutlichkeit: Sie können uns nichts vormachen.

Wie schon gesagt, der Strick war gedreht, unserm Vertrauensmann hat schon früher gekündigt werden sollen. Aber warum denn dann die ganze Komödie? Nun, weil man eben im Trüben besser zu fischen glaubt. Und bei dem ganzen Theater haben sich noch einige Kollegen gefunden, die sich als Kullissenschieber produziert haben.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigrphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Der Zentralarbeitsnachweis der Lichtdrucker.

Am 31. Mai war ein Jahr verflossen, seit der Zentralarbeitsnachweis in Kraft trat; es dürfte angebracht sein, das Ergebnis dieser Periode an der Hand der Monatsberichte des Verwalters einmal näher zu betrachten, um gleichzeitig das Interesse der Gesamtkollegenschaft für diese Institution erneuert zu beleben.

Um von vornherein ein gedrängtes Gesamtbild zu geben, möge die hauptsächlichsten Zahlen in tabellarischer Ordnung folgen:

Vom 1. Juni 1911 bis 30. Mai 1912	Photo-graphen	Retu-scheure	Präpara-teure	Drucker	Ins-gesamt
meldeten sich an	48	148	24	177	397
wurden vermittelt	10	42	5	51	108
meldeten sich ab	8	44	3	50	105
wurden gestrichen	16	35	7	33	91
Bleibt Bestand am 31.5.12.	14	27	9	43	93
Davon arbeitslos	8	11	1	17	37

Für die vorstehend angegebenen 397 gemeldeten Gehilfen standen insgesamt 164 offene Stellen und zwar für 16 Photographen, 53 Retuscheure, 10 Präparateure und 85 Drucker zur Verfügung, so daß ständig das Angebot an arbeitslosen resp. veränderungsunlustigen Gehilfen die Nachfrage ganz bedeutend übertraf. Da nun aber laut vorstehender Tabelle nur 108 Stellen vermittelt wurden, bleiben 56 Stellen, d. h. ungefähr der dritte Teil aller gemeldeten Vakanzen, unbesetzt, eine unerfreuliche Tatsache, deren Gründe unbedingt etwas näher betrachtet werden müssen.

Ein großer Teil dieser 56 unbesetzten Stellen ist auf das Konto einer gewissen Unwahrhaftigkeit vieler Prinzipale zu buchen. Es ist eine ganze Reihe von Fällen zu verzeichnen, wo 2 oder mehrere Vakanzen gemeldet wurden, in Wirklichkeit aber nur eine Kraft gebraucht und eingestellt wurde. Mehrere Fälle wurden beobachtet, wo zur gleichen Zeit mit dem Eingang der Meldung beim Z.-A.-N. auch ein Inserat im „Allgemeinen Anzeiger für Druckerelern“ erschien und wo es dann der Zufall fügte, daß unter den aufs Inserat sich meldenden „bessere“ Kräfte waren, als die vom Z.-A.-N. zugewiesenen Gehilfen. Auch kam es wiederholt vor, daß der Z.-A.-N. in Bewegung gesetzt wurde, ohne daß denn überhaupt im betr. Geschäft irgendwelche Veränderung eintrat. Entweder ließ die Firma lediglich einen Versuchsballon steigen, oder aber es hing das Damoklesschwert der Kündigung über dem Haupte eines armen Sünders, der dann aber Gelegenheit gefunden hatte, die dräuenden Zorneswolken wieder zu verschuehen.

Trotz aller Anstrengungen war es aber auch eingemal dem Z.-A.-N. nicht möglich, der Anforderung der Firmen nach Farbenretuscheuren und Farbendruckern zu genügen, wie auch zeitweise während der Hochkonjunktur ein Mangel an ia. Positivretuscheuren und Monteuren konstatiert werden mußte, was aber bezgl. der letzteren Kategorien weniger auf einen Mangel an Gehilfen, als vielmehr darauf zurückzuführen ist, daß sich viele veränderungsunlustige Kollegen nicht an den Z.-A.-N. wenden. Um ein beträchtliches geringer könnte aber schließlich die Zahl der unbesetzten Vakanzen sein, wenn allen Kollegen das notwendige Pflichtgefühl innewohnen würde, sich in ordnungsgemäßer Weise entweder mit dem Z.-A.-N. in Verbindung zu halten oder aber bei Abreise resp. Annahme einer anderen Stellung sich abzumelden, worüber in einem weiteren Aufsatz noch einiges gesagt werden soll.

Unter den 108 besetzten Stellen sind auch 16 Fälle, in denen die Beschäftigungsdauer nur wenige

Tage bis 6 Wochen betrug und die demzufolge als Aushilfen zu rechnen sind. Mitgezählt wurden dabei auch jene Fälle, in denen vermittelte Gehilfen schon nach kurzer Zeit wieder gingen oder „gegangen wurden“, obwohl es sich um einen Posten von längerer Dauer handelte.

Von Interesse dürfte für jeden Kollegen die folgende Aufstellung sein. Es wurden vermittelt: Zu Hadorff & Co., Berlin 18 Kollegen „ Willfried Deyhle, „ 11 „ „ Albrert Frisch, „ 11 „ „ Stange & Wagner, „ 9 „ „ Fabian & Co., Breslau 8 „ „ Gebr. Deyhle & Co., Berlin 5 „ „ Sinsel & Co., Leipzig 5 „ „ Stern & Sdiiele, Berlin 4 „ „ Emil Pinkau & Co., Leipzig 4 „ „ Dr. Trenkler & Co., „ 4 „

dann je 2 Kollegen zu W. Biede-Nürnberg, W. Hoffmann A. G. und Stengel & Co.-Dresden, W. Neumann & Co. und E. Waßmuth A.G.-Berlin, C. G. Röder-Leipzig, Schmitt & Herrmann-Köln a. Rh. und M. Schulz-Prag, sowie je ein Kollege zu M. Dienstbad, W. Mangold und Verlag für Kunst und Wissenschaft-Berlin, Franz Hanfstaengl und Carl Kuhn-München, Junghanns & Koritzer-Meinigen, Kolbe & Schlidt-Dresden, Louis Koch-Halberstadt, Metz & Lautz-Darmstadt, Schreiber-Stuttgart, Vereinigte Kunstanstalten-Kaufbeuren und nach Brüssel und Warschau. Außerdem wandten sich noch einige Firmen in einem oder mehreren Fällen an den Z.-A.-N. ohne jedoch ein Engagement mit den Zugewiesenen abzuschließen.

Wenn wir nun mal einen Vergleich des Ergebnisses mit der Vermittlungstätigkeit in früheren Jahren ziehen wollen, so müssen wir zurückgehen bis zum Jahre 1908, für welches einwandfreies Zahlenmaterial vorliegt in der damals von der Zentralkommission aufgestellten Statistik über den Gesamtstellenwechsel im Berufe unter Berücksichtigung der Tätigkeit der Lokal-Arbeitsnachweise. Es wurden 1908 in Deutschland 218 Stellen neu besetzt, davon 48 Plätze unter Mitwirkung unserer Nachweise. Von diesen entfielen 20 auf Berlin, 16 auf Leipzig, 5 auf München, 4 auf Köln, 2 auf Dresden und 1 auf Stuttgart. Da nun im ersten Geschäftsjahr des Z.-A.-N. in Berlin insgesamt 124 neu besetzten Stellen 65 Vermittlungen, darunter 10 Aushilfen, zu verzeichnen waren, so ist hier entschieden eine bedeutende Vorwärtswentwicklung zu konstatieren. Leipzig, wo bei 50 Stellungswechseln 15 Vermittlungen (inkl. 2 Aushilfen) zu verzeichnen waren, hat sich auf gleicher Höhe gehalten. Die Vermittlungen in den übrigen Städten aber, abgesehen von Breslau, haben nicht die Höhe erreicht, die eigentlich erwartet wurde, und es muß der Befürchtung Ausdruck verliehen werden, daß seitens unserer Kollegen nicht genügend auf die Besetzung neuer Posten geachtet wird. Für zwei größere Druckorte aber kann nach Durdsicht des Gesamtmaterials und unter Berücksichtigung verschiedener Umstände die Vermutung offen ausgesprochen werden, daß dort entweder noch geheime Lokal-Arbeitsnachweise existieren, oder aber die betreffenden Ortsverwaltungen kümmern sich absolut nicht um sog. Schiebungen am Ort resp. lassen ruhig das Abklappern der einzelnen Buden zu, denn sonst könnten nicht fortwährend Abmeldungen von eingetragenen Kollegen der betreffenden Orte einlaufen mit der Angabe, daß der sich Abmeldende inzwischen wieder Stellung am Ort gefunden habe. Vorläufig mag das Aussprechen der Vermutung genügen; der Zentralkommission aber sei die Beobachtung der fraglichen Druckorte weiter angelegen. Sollte auf die Dauer von einer durchgreifenden Änderung nichts zu merken sein, so bedarf es eines scharfen Protestes gegen eine solche die Gesamtkollegenschaft schädigende Tendenz.

Ein Kapitel, an dem bei einer Besprechung des vorliegenden Zahlenmaterials nicht vorüber gegangen werden darf, ist die Arbeitslosigkeit im Berufe. Von den 397 gemeldeten Kollegen waren insgesamt 168, und zwar 20 Photographen, 57 Retuscheure, 12 Präparateure und 79 Drucker im Laufe des Jahres arbeitslos. Fast der 4. Teil der Kollegenschaft mußte also im Laufe eines Jahres kürzere oder längere Zeit pausieren. Leider läßt aber das vorliegende Material nicht zu, Angaben über die Dauer der Arbeitslosigkeit zu machen. Da nämlich ein großer Teil von Kollegen es nicht fertig bringt, sich dauernd und ordnungsgemäß beim Z.-A.-N. zu melden, würde jede Zahlenangabe weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, zumal ja obendrein alle durch das Aussetzen während der stillen Zeit verloren gehenden Lohnwochen nicht erfaßt werden dürfen.

Der höchste Stand an Arbeitslosen konnte am 31. Oktober mit 5 Photographen, 18 Retuscheuren, 7 Präparateuren und 23 Druckern, insgesamt also mit 53 Kollegen festgestellt werden.

Zum Schluß der zahlenmäßigen Besprechung sei noch der Postverkehr des Z.-A.-N. skizziert, um den Kollegen einen Einblick ins innere Getriebe dieser Institution zu geben. Es gingen vom Beginn der Tätigkeit des Z.-A.-N. bis zum 31. Mai 351 Briefe, 859 Postkarten und 301 Drucksachen ein, während 700 Briefe, 236 Postkarten und 445 Drucksachen zur Versendung kamen. Wenn nun auch ein großer Teil der 700 Briefe sogen. Vermittlungsschreiben sind, die nur in einzelnen Rubriken mit den Namen des Adressaten und der An-

gabe der Firma, bei der er sich zu bewerben hat, ausgefüllt werden müssen, so wird doch jeder Einsichtige verstehen, wenn der Vermittler des Z.-A.-N. neben der Erledigung der laufenden Arbeiten in den paar Abendstunden nicht noch alle möglichen und unmöglichen Anfragen beantworten kann über die Lage des Marktes und die voraussichtliche Dauer bis zu einer Vermittlung, und wenn es unbedingt strikte abgelehnt werden muß, irgend einen Kollegen „laufend“ zu unterrichten. Es muß vielmehr verlangt und kann auch erwartet werden, daß jeder Kollege Vertrauen zu der Ehrlichkeit des Verwalters hat: muß dieser doch jederzeit in der Lage sein, bei Einlauf einer Beschwerde mit der gesamten Korrespondenz vor der Zentralkommission zu erscheinen und seine Handlungsweise zu belegen.

Wenn man nun zum Schlusse das Ergebnis des I. Geschäftsjahres des Z.-A.-N. in Vergleich stellt zu der von den Verwaltern geleisteten immensen Arbeit, so muß trotz des Fortschrittes gegen früher doch ausgesprochen werden, daß die gestellten Erwartungen nicht befriedigt wurden. Die Gesamtkollegenschaft hat es in der Hand, durch immerwährende Propaganda bei ihren Firmenträgern für eine größere Entfaltung der Vermittlungstätigkeit des Z.-A.-N. zu sorgen unter Hinweis auf die oben abgedruckte Liste der Firmen, die schon jetzt ihr Personal fast restlos in Erfüllung des § 12 unseres Tarifes durch den Zentralarbeitsnachweis beziehen.

Aus den Sektionen.

Hamburg (Chemigr.). Unsere letzte Monatsversammlung war sehr gut besucht. Kollege Gehe hielt über das Mertens'sche Tiefdruckverfahren einen einstündigen Vortrag. Mit anerkannter Klarheit zeigte uns der Referent den Werdegang dieses Verfahrens. Die Anwesenden folgten den Ausführungen mit großem Interesse und dankten dem Vortragenden mit reichem Beifall. — Der Vorsitzende stellte an die Mitglieder das Ersuchen, unsere Interessen mehr in der Graph. Presse zu erörtern. Alle schriftgewandten Kollegen sollten es sich zur Ehre machen, die „Photomechanischen Fächer“ nicht ganz aus unserem Verbandsorgan verschwinden zu lassen. Es ist bedauerlich, daß die Chemigrphen in vielen Nummern unseres Organes gar nicht vertreten sind. Dieses liegt nun wohl weniger am Nichtkönnen, als an der Flaueht vieler Mitglieder. Also Kollegen, heran ans Werk zu Nutz und Frommen aller Berufsangehörigen. — Nach längeren Auseinandersetzungen wurde sodann einem zugereisten Kollegen, der hier unter dem Lohne seines Vorgängers in Arbeit getreten war, die Reiseunterstützung gewährt. Doch sollten alle Kollegen erst die Auskunft abwarten, ehe sie in punkto Entlohnung sich binden. Nur so können wir den von verschiedenen Seiten in Scene gesetzten Lohnveroberungen begegnen. — Die Ferienfrage beschäftigte auch diese Versammlung wieder. Leider kommen noch einige Kollegen nicht in den Genuß von Ferien, denn wir konnten von 2 Firmen keine Zusage erhalten, doch hoffen wir, daß die dortbedienstigten Kollegen trotzdem ihre wohlverdienten bezahlten Ferien machen werden. In unserer aufreibenden Zeit ist es doch eine kleine, kleine Auffassung, dem Arbeiter ein paar Tage Erholung im Jahre zu verweigern.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wadstuch-, Zeug- und Selden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Formstecher). Die Versammlung vom 6. Juli nahm zunächst einige Mitteilungen des Vorsitzenden von den Ausschusssitzungen entgegen. Die Berichte des Bezirksvertreters wurden zum Teil mit sehr gemischten Gefühlen entgegen genommen. Etwas mehr Interesse wäre betreffs unserer bevorstehenden Lohnbewegung erwünscht. Haarsträubende Zustände von Lehrlingszüchtere haben sich in Eilenburg ausgewachsen; bei gegenwärtig 37 beschäftigten Gehilfen sind 38 Burschen vorhanden! Beim Punkt Stellungnahme zur Konferenz wurden, nachdem die Kandidaten hierzu aufgestellt waren, noch einige notwendige Ergänzungen zu den vorberatenden Forderungen gegeben. Die Versammlung am 15. Juli, zu der Kollege Schubert anwesend sein soll, wird dann im allgemeinen zur Sache Stellung nehmen. Bekannt gegeben wurde noch, daß die Firma Heidrich anläßlich des 10jährigen Bestehens ihren zurzeit beschäftigten 4 Gehilfen die Stundenlöhne freizwillig ab 1. Juli 1912 um 3 und 5 Pfennig aufgebessert hat, sodaß ein gleichmäßiger Stundenlohn von 70 Pfg. gezahlt wird. Außerdem wurde dem einen, 10 Jahre im Geschäft tätigen Stecher noch eine Woche Ferien zugewilligt. Die Versammlung war der Auffassung, daß dieses Entgegenkommen den anderen Firmeninhabern als Beispiel dienen möge, denn was bei der einen Firma möglich ist braucht bei den Konkurrenzfirmen nicht unmöglich zu sein. Zum Schluß wurden die Vertrauensleute der einzelnen Geschäfte daran erinnert, zur nächsten Versammlung Aufzeichnungen über die Zahl der gemachten Überstunden und Aussetzestunden 1911—1912 mitzubringen.



Feuilleton.

Recht und Gesetz.

Es sinn't Gewalt und List nür dies Geschlecht;
Was will, was soll, was heißt denn das Recht?
Hast du die Macht, du hast das Recht auf Erden.
Selbstsüchtig schuf der Stärkere das Gesetz,
Ein Schlächterbeil zugleich und Fangenetz
Für Schwächere zu werden.
Der Herrschaft Zauber aber ist das Geld.
Ja, die Mächtigen, die Beglückten,
Ja, die Götter dieser Erden!
Ihnen muß der Unterdrückten
Sühnend Blut geopfert werden.
Rein von Blut sind ihre Hände,
Das Gesetz verlangt die Spende!

Adalbert v. Chamisso.

Alte und neue Ethik.

Das Problem sittlichen Handelns wurzelt in dem Verhältnis des Einzelnen zur Gesamtheit. Mit dem Anfang der Kultur, die auf gemeinsamer Arbeit der Einzelnen beruht, trat auch dieses Problem in die Erscheinung. Viele große Denker haben sich zeitem bemüht, für das Verhältnis der Einzelnen zueinander eine sichere ethische Grundlage zu schaffen. Die verschiedenen Religionen suchten das Problem zu lösen. Aber immer ist die Lösung dem fortschreitenden Menschengenüß ungenügend und wird durch die Entwicklung der materiellen Verhältnisse und die wachsende Naturerkenntnis überholt. Zwischen den Polen Egoismus und Altruismus pendelt noch in der Gegenwart die Ethik des Tages hin und her, wenig geeignet, schwankenden Menschen einen Halt zu geben. Nach dem Schiffbruch mit Nietzsches Herrenmoral ist die kleinbürgerliche Welt zum kategorischen Imperativ Kants zurückgekehrt. Der Pflichtbegriff ist das A und O unserer heutigen bürgerlichen Ethik und doch spürt man so wenig von Pflichtbewußtsein. Jeder versteht unter Pflicht etwas anderes. Wir sprechen heute von Pflichten gegen den Staat, die Gesellschaft, die Familie usw., und allen diesen Pflichten stehen wieder die Pflichten gegen die eigene Person gegenüber. Abgesehen von dem frivolen Mißbrauch, der heute vielfach aus egoistischen Zwecken mit dem Pflichtbegriff getrieben wird, wie armselig und knechtisch muß eine Kultur erscheinen, die an Stelle von Begeisterung, Hilfsbereitschaft, Überzeugung, Verantwortlichkeitsgefühl, gerechterer Gesetzgebung, besserer Erziehung usw. als treibendes Motiv zum sittlichen Handeln einzig das nüchterne Motiv des Pflichtbegriffs setzt. Schon Schiller spottete ja über Kant, der wahre Sittlichkeit nur dort annahm, wo der Mensch entgegen persönlichen Neigungen seine Pflicht tut:

„Gerne dien' ich den Freunden, doch tu' ich es
leider mit Neigung, und so wurmt es mich oft, daß
ich nicht tugendhaft bin!“

Und die Entscheidung lautet:
„Da ist kein anderer Rat: Du mußt suchen sie
zu verachten und mit Abscheu alsdahn tun, was die
Pflicht dir gebet!“

Dieser Spott traf Kant mit Recht, obwohl seine Auffassung vom kategorischen Imperativ der Pflicht hoch über der Pflichtsklaverei unserer Durchschnittsphilisten steht. Denn ebensowenig wie aus persönlichen Neigungen, dürfen bei Kant sittliche Handlungen aus äußerem Zwange erfolgen. Nur die vernunftgemäße Erkenntnis des Guten, d. h. dessen, was der eigenen Vervollkommnung und dem Wohle der Gesamtheit dient, soll die Handlungen des Menschen bestimmen. Der Denker nimmt dabei die Freiheit des Willens als gegeben an: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne!“

Aber auch diese hohe Auffassung des Pflichtbegriffs ist durch die neueren Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung auf psychologischem Gebiete untergraben worden. Die Erkenntnis, daß auch der sogenannte „freie Wille“ von den materiellen Existenzbedingungen und der inneren Veranlagung des Menschen abhängt, daß Wollen: Wollen müssen heißt, zwingt notwendigerweise zu einer Umschaffung der Grundlagen der Ethik, die mehr wie bisher von empirischen Gesichtspunkten aus erfolgen muß. Ist die Erfahrung richtig, daß der Einzelne, einschließlich seines Willens, das Produkt der ihn umgebenden Verhältnisse und seiner Erziehung ist, dann kann man auch nicht ohne weiteres von ihm verlangen, als freies sittliches Wesen zu handeln. Daß man die materielle Gebundenheit des Willens bisher übersah, dürfte die Ursache sein, warum der bloße Pflichtbegriff so wenig fruchtbar für das sittliche Handeln der Menschen geworden ist. Nach dem kategorischen Imperativ Kants hat z. B. jedermann die Pflicht, wahr zu sein, ohne Rücksicht darauf, was ihm für Folgen daraus entstehen. Wer möchte aber in unserer Welt der „gottgewollten Abhängigkeiten“ dieses Gebot des Kantischen Sittengesetzes konsequent halten? — (Forts. folgt.)

Vom Büchertisch.

Die Geschichte der Erde. II. Die Weltalter. Kurze Charakteristik der geologischen Perioden und Formationen. Von R. Bommeli. Mit vielen Illustrationen und zwei Farbathefen. (Kleine Bibliothek Nr. 21.) Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger G. m. b. H., Stuttgart. 104 Seiten 8°. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk., Vereinsausgabe 50 Pf. Dem vor einiger Zeit als Nr. 15 der „Kleinen Bibliothek“ erschienenen ersten Bändchen der „Geschichte der Erde“ von Bommeli ist jetzt das zweite gefolgt. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die große Chronik. — Einteilung der Erdgeschichte. — Die Urzeit der Erde und die archaischen Formationen. — Das Altertum der Erde. — Das Mittelalter der Erde. — Die Neuzeit oder das kanozoische Weltalter.

Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands. Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht für 1911. 80 Seiten 8°.

Über die Entwicklung des Verbandes im vorigen Jahre ist bereits in Nr. 18 ein Überblick gegeben; der vorliegende Bericht belegt diese Entwicklung mit ausführlichem Material.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tücher und Weißbinder Deutschlands. Jahresbericht des Vorstandes für 1911. (1. Januar bis 31. Dezember.) Verlag von A. Tobler, Hamburg 25. 262 Seiten 8°.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 42692 auf 47315, also um 4623 oder um 10,8 Proz. Die Jahreseinnahme betrug 1200099 Mk., die Jahresausgabe 860644 Mk., sodaß das Vermögen um 339455 auf 1723690 Mk. stieg.

Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands. (Sitz Berlin) Tätigkeits- und Kassenbericht der Hauptverwaltung für das Jahr 1911. Selbstverlag des Zentralverbandes, Berlin, Michaelkirchplatz 1. 26 Seiten 8°.

Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1910: 4981, 1911 5474; sie ist somit um 493 oder um rund 10 Proz. gestiegen. Die Jahreseinnahme betrug einschließlich eines Zuschusses der Generalkommission von 5800 insgesamt 16359,54 Mk., die Jahresausgabe 16267,05, das Vermögen am Jahres-schluß 3221,93 Mk.

Protokoll der Verhandlungen des ersten Verbandstages des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands. Abgehalten in Berlin vom 14. bis 16. April 1912. Selbstverlag des Zentralverbandes, Berlin, Michaelkirchplatz 1. 80 Seiten 8°.

Das Buch gewährt ein anschauliches Bild des Verbandstages der Hausangestellten, über den in Nr. 17 berichtet wurde.

Wenn der Riese ruht. Zeichnung von A. M. Luyt. Verlag der „Arbeiterzeitung“ Gerisch & Co., G. m. b. H., Dortmund. Preis 25 Pf.

Der gewaltige Kampf der englischen Grubenarbeiter hat einen tüchtigen Künstler zu dieser allegorischen Zeichnung inspiriert. Im Hintergrund liegt das verlassene Bergwerk, die Maschinen ruhen und kein Dämpfchen steigt auf. Vorn aber streckt sich der massige, muskulöse Körper des ruhenden Bergmanns. Durch sein Ruhen wird alles erdrückt. Die Eisenbahn liegt da, wie ein zerbrochenes Spielzeug, durch Berühren mit dem Absatz seines Stiefels hat ein mächtiges Schiff sich auf die Seite gelegt. Das Telephonnetz ist zerrissen wie Spinweb. Und die heran marschierenden Zwerglein in militärischer Uniform können den ruhenden Riesen nicht im geringsten stören. Es ist ein Bild, das eine sehr eindringliche Sprache redet. Durch Einigkeit, Geschlossenheit und Ruhe kann die Arbeiterschaft den stärksten Gegner überwinden. Wir sind überzeugt, daß das Bild sehr viele Abnehmer finden wird.

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Mehrere tüchtige **Messingstecher** für Tapete und Linoleum, sowie ein tücht. **Hilfsarbeiter** durch den Arbeitsnachweis gesucht. C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 24.

Verschiedenes

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w. in bester Ausführung fertigt an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

„**Matt-Lack**“ Bester Farben-zusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„**Harmalein**“ Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwaschen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„**Bronsol**“ Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Wohlthorferstr. 60. [300

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte im In- und Auslande
Wischwalzen Schläuche, ohne Naht
für Steindruckschnellpressen
Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland).
Vertreter an allen größeren Plätzen — la.-Zeugnisse. —

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen
(fachmännlich sortiert)
ALEXANDER GRUBE,
LEIPZIG, Talstraße 22

Komplette Steindruckerei
Schnellpresse 55x64 cm, nebst Zubehör und 75 Steinen für 1500 Mk. abzugeben. Käufer erhält evtl. für 3000 Mk. Lohnarbeit. [240
Fr. Aug. Aretz, Rheydt.

Achtung! Achtung! Spezialwerkzeuge für Formstecher
liefert gegen Nachnahme
Franz Schwejda,
Formstecherwerkzeugschmied
Böhm. Aicha (Böhmen), Rohanstr. 88, III
— Preislisten gratis und franko! —

Gebrüder Stärzl, München
Fabrikation v. Rouletten, Stichein, Polierstähen, Grundfräsern etc.
— Katalog gratis und franko. —

Formstecher!
Neues oder gebrauchtes, gut erhaltenes Holzwerkzeug zu kaufen gesucht. [75
P. Haars, Greiz, Leonhardstr. 24.

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe
liefert Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

Fachliteratur.
Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks vom Jahre 1821.
Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder 4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.

Wollen Sie Ihr Inserat
pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

Verbandsnachrichten
Achtung! Eßlingen!
Vorsitzender und Auskunftserteiler **Otto Hägele, Lithograph, Kanalstr. 21**

Adressenänderungen Meißen!
Vorsitzender: **Felix Stankewitz, Auskunftserteiler und Reiseunterstützungsausgeber, Meißen-Zscheila, Fürstenstr. 20.** — Kassierer: **Hans Philipp, Lindenplatz 7, Unterstützungsgeber für alle übrigen Unterstützungsweige auch Lokalunterstützung.**

Achtung! Rheydt!
Kassierer und Unterstützungsausgeber **Peter Müller, Rheydt-Mühlfort, Weststr. 88.** Sprecht. abends 7 1/2-9 Uhr.

Der Lithograph, Kollege
Willy Talg
zuletzt in Grünberg i. Schl. in Stellung, wird hiermit ersucht seine jetzige Adresse anzugeben.
Ernst Schwarz, Rauschwitz 68 b, Glogau.

5 Mark Belohnung
erhält derjenige, welcher mir die Adresse des Steindr. **Paul Heinrich Schröder, verheiratet, geboren am 20. November 1872 zu Berlin, angibt.** Etwaige Spesen werden zurückvergütet. Gefl. Angaben unter 553 U. an die Expedition dieses Blattes erbeten. [270